

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Landwirtschaft ist mehr als Rohstoffproduzent

© BLE Bonn / Foto: Thomas Stephan

300. Ausgabe

Schwerpunkt

Während die Politik sich wieder auf große Investitionen und Betriebswachstum konzentriert, gehen Betriebe längst vielfältigere Wege und bringen damit neue Arbeitsplätze aufs Land. **Seite 12-13**

Milch

Der französische Bauernverband setzt sich für eine EU-Mengenbegrenzung auch nach 2015 ein. In Deutschland warnt ein Verbände-Bündnis vor den Folgen eines Quoten-Ausstiegs. **Seite 6-7**

CMA

Die DBV-Spitze will Widersprüche gegen die CMA-Abgaben nun in Klageverfahren ziehen. Das würde für die Betriebe wie für die Steuerzahler hohe finanzielle Risiken mit sich bringen. **Seite 5**

Die Seite 3**Alten Sorten in Frankreich auf der Anklagebank**3**Agrarpolitik****Gegner der Kappung mobilisieren**4**CMA-Abgaben: Versuch, Druck auszuüben**5

Interview mit Dr. Carsten Bittner, Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Bauer ohne Hof18

Immer mehr Betriebsleiter haben keine Nachfolger

Milch**Franzosen für Mengenregulierung**6**Verbände warnen vor Quotenausstieg**7**BSE-Erkrankungen in Niedersachsen**7

Milchaustauscher ist ein besonderer Risikofaktor

Bewegung**Aktionstag G8 & Landwirtschaft** 8**Weltweit Proteste für Agrarreformen** 8

Am 17. April gab es wieder weltweit Aktionen, auch in Berlin

Märkte**Mehr Biodiesel, weniger Biogas**10**Die Kraft der Regionen**14

Vom Projekt zur Realität: Der eigene Schlachthof

Debatte**Bei Biogas mehr als Strom verkaufen** 11**Schwerpunkt****Käse und Wurst bringen Arbeit aufs Land**12**Vom Hof zur Familienholding**12

Auf den Höfen passiert weit mehr als Rohstoff-Erzeugung

Nachbau**Liebeslied an Linda**15**Gentechnik****Viel ist erreicht, aber noch nichts gewonnen**16

Dritte europäische Konferenz gentechnikfreier Regionen

BASF kann sich auf EU-Behörde verlassen 17

Die Genehmigung für Amflora rückt näher

Weitere ThemenAus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Falk Bräuer, Elke Helbig und Verena Spittler, **Seite 9**; Leserbrief, **Seite 19**; Eine Bäuerin erzählt, **Seite 19**; Lesen, **Seite 20-21**; Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Steigende Preise auf einigen Welt-Agrarmärkten geben den Befürwortern einer stärkeren Ausrichtung auf eben diese Märkte Aufwind. Mit den alt bekannten Argumenten, man müsse die Betriebe modernisieren, die Kapazitäten ausweiten und die Kostenführerschaft erreichen, haben sie auch bei der Gestaltung der Länder-Förderprogramme zur Umsetzung der ELER-Verordnung kräftig mitgemischt. Vielerorts wird bei der Agrarinvestitionsförderung weniger gespart als bei Ausgleichszulage und Agrarumwelt, aber auch innerhalb der Agrarinvestitionsförderung (AFP) werden Mittel dorthin gelenkt, wo ihrer Meinung nach deutlich entsprechende Struktureffekte zu erwarten sind. Das in den letzten Förderperioden zögerlich aufgepöppelte Pflänzchen eines zweiten, qualitativen Agrarentwicklungsweges: die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung gerät dabei unter die Räder dieser neuen Modernisierungswelle – allen schönen Reden zum Trotz. Dabei hatten sich die EU-Mitgliedsstaaten mit ihrer Lissabon-Strategie darauf geeinigt, dass der Fokus ihrer Politik künftig auf der Schaffung von Arbeitsplätzen liegen soll. Schafft aber Investition in noch mehr Kapazitäten und Rationalisierung Arbeitsplätze?

**Kommentar****Moderne Vielfalt schafft Arbeit**

Im Rahmen einer Studie (siehe Seite 12–13) sind wir den anderen Weg nachgegangen und haben in der Region Hohenlohe – einer prosperierenden ländlichen Region im Norden Baden-Württembergs – einmal die

Arbeitsplätze gezählt, die durch die Diversifizierung der Höfe entstanden sind. Dabei haben wir Erstaunliches festgestellt. Weit über dem baden-württembergischen Durchschnitt lag der

Arbeitskräftebesatz der untersuchten Betriebe, und er hatte sich innerhalb der letzten zwölf Jahre noch kräftig erhöht.

Auf die Region hochgerechnet, zeigt eine Analyse der Mittelströme, dass diese Entwicklung mit einem relativ bescheidenen Anteil an den insgesamt 600 Millionen Euro, die von 1994 bis 2004 in die beiden Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis geflossen sind (erste und zweite Säule), erreicht worden sind. Weniger als 4,5 Prozent der Finanzmittel, mit denen in Baden-Württemberg die so genannten „Zweiten. Säule“ der Agrarpolitik der EU umgesetzt wird, und lediglich 1,9 Prozent der AFP-Mittel wurden speziell für die Förderung von betrieblicher Diversifizierung verwendet. Die meisten der untersuchten Betriebe hatten sehr wohl auch eine Agrarinvestitionsförderung für den Ausbau ihres zweiten/dritten Standbeins in Anspruch genommen: Aber langsam, schrittweise, mit viel Eigenleistung und eher kleinen Investitionsschritten.

Leider scheint Baden-Württemberg sich mit dem neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan zur Umsetzung der ELER-Verordnung dazu entschlossen zu haben, diesen arbeitsplatzschaffenden Betriebsentwicklungswegen erneut hohe Hürden aufzubauen. Nicht nur, dass die auch von vielen Bäuerinnen bevorzugten so genannten „kleinen Investitionsmaßnahmen“ abgeschafft wurden. Die wirklich lukrativen Diversifizierungsaktivitäten, die Weiterverarbeitung der eigen erzeugten Produkte Milch, Getreide und Fleisch, welche wesentlich zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze auf den Höfen und damit auch in der Region beitragen, fallen künftig wieder unter die Regelförderung (AFP-Modernisierung). Hier gelten höhere Sätze für das Mindestinvestitionsvolumen (30.000 Euro) und hohe Nachweis-Hürden (u. a. Businessplan). Dienstleistungsbereiche wie Ferien auf dem Bauernhof und Gästebewirtungen hingegen werden durch das AFP-Diversifizierung gefördert und haben erleichterte Zugangsbedingungen (u. a. Mindestinvestitionsvolumen 20.000 Euro). Dabei zeigte die Studie, dass mit diesen Aktivitäten, im Gegensatz zur Weiterverarbeitung der eigenen Produkte, nur kleine Zusatzeinkommen zu erreichen sind.

Falsch verstandene Modernisierung und Kapazitätsausweitungen hingegen bringen eine Region, die wie Hohenlohe ohnehin einen überdurchschnittlich hohen Viehbesatz hat, nicht nur an den Rand des ökologisch verträglichen Wirtschaftens und gefährden damit die von der Region ebenso verfolgte Tourismus-Strategie. Sie bringen auch keine Arbeit aufs Land, sondern fördern nur die Verdrängung anderer Betriebe.

Der genaue Blick auf die vielen diversifizierten und sehr individualisierten Betriebe hingegen hat gezeigt, dass mit einem breiten Ansatz nicht nur einzelbetrieblich, sondern auch regional deutlich Beschäftigungs- und Einkommenseffekte erzielt werden können. Es bleibt zu hoffen, dass die Politik dies endlich auch erkennt.

Dr. Andrea Fink-Keßler,

Büro für Agrar- und Regionalentwicklung Kassel

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Alte Sorten in Frankreich auf der Anklagebank

Der Verein Kokopelli in Frankreich setzt sich, wie Arche Noah in Österreich, seit vielen Jahren für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt ein. Während ähnliche Vereine in anderen europäischen Ländern geduldet werden oder sogar staatliche Unterstützung genießen, wurde Kokopelli vor kurzem wegen Verkauf von nicht eingetragenen Saatgutsorten zu einer Geldstrafe von 20.000 Euro verurteilt

Kokopelli ist bei den Hopi-Indianern, die in den trockenen Gebieten Arizonas und Neu-Mexikos leben, ein Symbol für das Keimen und die Fruchtbarkeit. Die Silhouette des buckligen Flötenspielers wurde in Nord- und Südamerika seit Jahrhunderten auf Steinen und Tongefäßen abgebildet. Der Legende zufolge enthält der Buckel Kokopellis einen Sack mit Samen, die er in alle Winde sät. Auf der Flöte haucht Kokopelli den Samen seinen Geist ein.

Kokopelli mit 2.000 Landsorten

Der Verein Kokopelli mit 5.500 Mitgliedern erzeugt und verbreitet mehr als 2.000 Landsorten Gemüse, Getreide, Kräuter und Blumen. Kokopelli organisiert Ausbildungskurse, publiziert jedes Jahr ein Handbuch für Samengärtnerei, unterhält Saatgutbörsen und unterstützt zahlreiche bäuerliche Initiativen weltweit. Die Saatguterhalter/-innen von Kokopelli vermehren auf ihren Feldern zahlreiche Pflanzensorten für den Verkauf. Ein großer Kreis von Gärtner/-innen übernimmt Patenschaften für eine oder mehrere Gemüsesorten und erhält sie in Gärten in situ. Damit leisten alle einen Beitrag zur Bewahrung dieses Saatguts, das nur noch sehr selten angebaut wird, und schützen es vor dem Verschwinden.

EU-Richtlinie nicht umgesetzt

Für seine Arbeit wurde Kokopelli im Jahr 2004 „wegen Vertriebs nicht konformen Saatguts“ verklagt, und zwar von der halbstaatlichen Organisation GNIS¹ und der Berufsvertretung der Saatguterzeuger FNPS². In erster Instanz hat das Gericht Dominique Guillet, den Präsidenten von Kokopelli, im März 2006 von allen Anklagen freigesprochen und die Klage abgewiesen. Im Urteil stützte sich das Gericht auf die Tatsache, dass Frankreich die EU-Saatgut-Richtlinie 98/95 nicht umgesetzt hat. Absatz 17 dieser Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen für die Erhaltung alter Landsorten, so genannter „conservation varieties“, zu schaffen. Das Berufungsgericht von Nîmes hat Dominique Guillet jedoch am 22. Dezember 2006 wegen Vertrieb nicht eingetragenen Saatguts verurteilt und dem Verein Kokopelli eine Geldstrafe von insgesamt 20.000,- Euro aufer-

legt. Nun wird Kokopelli als letzte Instanz in Frankreich das Kassationsgericht anrufen und falls notwendig, den französischen Staat beim europäischen Gerichtshof wegen fehlender Umsetzung der EU-Richtlinie 98/95 verklagen.

Aber das ist nicht der einzige Prozess, mit dem sich Kokopelli herumschlagen muss. Der französische Saatguthändler „Graines Baumaux“ hat den Verein wegen unlauteren Wettbewerbs verklagt, fordert die Schließung von Kokopelli und verlangt 50.000 Euro Schadensersatz. Kokopelli soll dafür bestraft werden, dass der Verein Pflanzensorten nicht in den offiziellen Katalog eingetragen hat. Voraussichtlich werden die Gerichtsverhandlungen zu diesem Prozess noch in diesem Jahr stattfinden.

Das Urteil von Nîmes hat einen Präzedenzfall geschaffen, der wahrscheinlich weitere Klagen nach sich ziehen wird. Sie könnten Kokopelli finanziell zugrunde richten.

Eintrag in Sortenregister unrealistisch

Die Eintragung in das Sortenregister und somit die Legalisierung der alten Landsorten ist aus verschiedenen Gründen unrealistisch. Die Schaffung des französischen Saatgutkataloges im Jahre 1922 und die Unterzeichnung des zwischenstaatlichen UPOV-Vertrages in den 1960er- und 1970er-Jahren haben zum Verschwinden zahlreicher alter Gemüse-, Getreide- und Blumensorten beigetragen.

Die überwiegende Mehrheit der neuen im Katalog eingetragenen Sorten sind Hybride, die nicht nachgesät werden können. Tausende alter Sorten sind nicht mehr eingeschrieben oder wurden nie eingetragen und dürfen deshalb nicht verkauft, getauscht oder verschenkt werden.

Auch die Schaffung eines Anhangs für Amateursorten zum Saatgutregister im Jahr 1998 brachte keine Verbesserung, da die Landsorten den gleichen Kriterien für Homogenität, Stabilität und Distinktion wie die Handelssor-

ten unterliegen. Alte Sorten haben im Unterschied zu den industriellen Sorten jedoch ihre Fähigkeit bewahrt, sich der Umwelt und dem Klima anzupassen und sind dementsprechend weder homogen noch stabil. Die Saatgutproduzenten müssen aber immer wieder neue Sorten auf den Markt bringen, da sich die Handelssorten nach einigen Jahren erschöpfen. Für die Zucht greifen sie auf die Landsorten und deren Artenvielfalt zurück.

Gebühren zu hoch

Die Kosten für die Eintragung in den Katalog entsprechen keineswegs der wirtschaftlichen Bedeutung der alten Sorten und übersteigen die Möglichkeiten kleiner Vereine wie Kokopelli. So kostet die Einschreibung einer Ge-

Dazu zählen die Hersteller/-innen von Brennesseljauche, von Heilmitteln aus Medizinalpflanzen, eine Tauschbörse für Saatgut und Gärtner/-innen, die Gemüse alter Sorten verkaufen. Alle diese Initiativen haben geringe wirtschaftliche Bedeutung und sind keineswegs eine ernsthafte Konkurrenz für weltweit agierende Saatgutproduzenten. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass hier Symbole zer schlagen werden sollen, die das Recht auf eigenständige und gesunde Ernährung verkörpern.

Es besteht die Gefahr, dass sich andere europäische Länder an der skandalösen Praxis Frankreichs ein Beispiel nehmen. In ihrer Petition ruft Kokopelli deshalb dazu auf, sich für den



Nur Vielfalt an Saatgut garantiert vielfältige Lebensmittel

©BLE Foto: Dominic Menzler

treidesorte beispielsweise 8.000,- Euro für die ersten zehn Jahre. Da die alten Sorten außerdem sehr zahlreich sind, verhindert diese hohe Gebühr deren Eintragung.

Recht auf Eigenständigkeit bedroht

Auch andere Vereine, die sich für biologischen Anbau und gesunde Lebensmittel einsetzen, und kleine Verarbeitungs- und Produktionsbetriebe führen, wurden in letzter Zeit von den französischen Behörden verklagt.

freien Zugang zu und die Verbreitung von alten Sorten einzusetzen und bittet um Unterstützung.

Heike Schiebeck, *Longo mai*

¹ GNIS *Groupement national interprofessionnel de la semence*

² FNPS *Fédération Nationale des Professionnels de Semences Potgères et Florales*

WTO: Kein Abschluss in Sicht

Diese Jahr hätte es so weit sein sollen. Die Welthandelsorganisation (WTO) wollte die so genannte Doha-„Entwicklungsrunde“ mit neuen Handelsregeln abschließen. Bereits in den ersten Monaten des Jahres zeichnen sich aber viele Schwierigkeiten ab, weshalb ein Abschluss immer unwahrscheinlicher wird. Es finden zwar bilaterale Treffen zwischen Hauptakteuren statt, insbesondere EU, USA, Indien und Brasilien, jüngst in Indien. Die Gespräche gehen aber offenbar nur schleppend voran. Die Entwicklungsländer kritisieren, dass sie von den Verhandlungen wieder einmal ausgeschlossen werden. Weiterhin gibt es allein im Agrarbereich der WTO-Verhandlungen von 700 offenen Fragen noch 500 unbeantwortete. Im Juli läuft das Mandat des US-Präsidenten für das vereinfachte Entscheidungsverfahren aus. Danach muss der Präsident jede Entscheidung mit dem Kongress abstimmen. Dieses Mandat kann, wenn überhaupt, frühestens ab Oktober verlängert werden. Um also noch in diesem Jahr zu einem Abschluss zu kommen, müsste bis Ende Juni eine Einigung auf dem Tisch liegen – was als unwahrscheinlich gilt. Für Ende April hatte der Vorsitzende des WTO-Agrarausschusses Crawford Falconer angekündigt, ein „provokierendes“ Papier zum Agrarbereich vorzulegen, an dem sich alle Seiten reiben sollen. Chancen zum Durchbruch werden auch dieser Strategie nicht beigemessen. *bet*

Zukunft einer globalen Landwirtschaft

Unter dem Motto „Slow Trade und Sound Farming“ stellten Misereor und die Heinrich-Böll-Stiftung Ende April in Berlin auf einem großen Kongress eine neue Studie über notwendige Handelsregeln für eine nachhaltige, globale Landwirtschaft vor. Die Entwicklung des internationalen Agrarhandels der vergangenen Jahre zeige deutlich, dass nationale Interessen immer weiter hinter den Anforderungen eines globalen Handels zurückfielen. Die internationalen Handelsabkommen und multilateralen Rahmenabkommen, die unter dem Dach der WTO ausgehandelt werden, zielten darauf ab, Warenströme noch unkontrollierter fließen zu lassen, und gefährdeten damit die Existenz großer Teile der ländlichen Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Die Studie stellt Handelsregeln auf, die neben ökonomischen auch soziale, kulturelle und Umweltbelange mit einbeziehen. Die Handelsregeln sind ein Gegenentwurf zur bisherigen Ausrichtung der WTO. Sie sind Teil des Fair Trade Dialogs, der eine Plattform darstellt, um alternative Entwicklungen des Welthandels anstoßen zu können. Abseits der neoliberalen Politiken der WTO könnten handelsbeschränkende Maßnahmen wie Einfuhrzölle und Quoten und auch handelsgestaltende Maßnahmen wie Nachhaltigkeits-Standards legitime Steuerungsinstrumente sein, die einer sozial gerechten und nachhaltigen Entwicklung dienen. Die Autoren beschreiben einen Handel, der verstärkt auf lokaler und nationaler Ebene stattfindet, da die Masse der Armen nicht von den Exporten profitiere und eine exportorientierte Landwirtschaft besonders hohe Umweltkosten verursache. Nähere Informationen: www.ecofair-trade.de *mn*

Obergrenzen bei Investitionsförderung

Sachsen-Anhalt begrenzt die Agrarinvestitionsförderung pro Betrieb auf maximal immerhin stolze 4,5 Mio. Euro. Das entspricht einem Bestand von ca. 900 Rindern, 11.250 Mastschweinen, 2.250 Sauen bzw. 69.000 Legehennen, meldet das Ministerium, das auch darauf hinweist, dass Sachsen-Anhalt das erste Bundesland sei, das für die nächste Förderperiode 2007–2013 eine derartige Förderobergrenze einführe. Die Notwendigkeit einer Landesregelung habe sich gestellt, weil Bund und Länder gemeinsam in den bundesweiten Vorgaben die bisherige Flächenvorgabe für die Förderung aufgehoben haben. Bisher sei die Förderung von Großbeständen unmöglich gewesen, weil die bundesweite Regelung die Förderung auf höchstens zwei Großvieheinheiten pro selbst bewirtschafteten Hektar beschränkt hatte. Eingeführt worden sind in Sachsen-Anhalt auch Einkommensobergrenzen. So dürfen ledige Antragsteller bis zu 110.000 Euro (Verheiratete 150.000 Euro) verdienen, um Fördermittel erhalten zu können. Diese Grenzen gelten auch für alle Gesellschafter, Genossenschaftsmitglieder und Aktionäre (jeweils einschließlich Ehegatten), sofern diese hauptberuflich im Unternehmen tätig sind oder über einen Kapitalanteil von mehr als 5 Prozent verfügen. *pm*

Flächen-Prämien aus Shanghai

Bauern aus Schleswig-Holstein wunderten sich nicht schlecht über die Nachricht, dass ihre Anträge auf Flächenprämie und die entsprechenden Kontrollen schon jetzt im fernen aber billigen Shanghai bearbeitet werden. Man muss kein Prophet sein, um massive Abstimmungsprobleme bei Kontrolle und Abstimmung vorauszusagen. *gf*

Kurzes am Rande

Gegner der Kappung mobilisieren

In Erwartung des Kommissionsvorschlags, bei Prämien Obergrenzen einzuführen

Wie schon bei der Agenda 2000 und auch bei der Halbzeitreform 2003 wird auch bei der so genannten „Gesundheitsprüfung“ (Health Check) die EU-Kommission aller Voraussicht wieder einen Vorschlag im Paket haben, der eine Kappung der Direktzahlungen vorsieht. Genannt wird dabei oftmals die Zahl 300.000 Euro, die auch bei der letzten Reform im Gespräch war.

Wie groß die Sorge besonders in den neuen Bundesländern ist, dass die EU-Kommission diesmal mit einer wie auch immer gearteten Obergrenze durchkommt, zeigt sich derzeit an verschiedenen Stellungnahmen aus Verbänden der Agrargenossenschaften und aus der Politik.

So hat der Mitteldeutsche Genossenschaftsverband (MGV) auf seiner Mitgliederversammlung Ende April ein „Memorandum zu den Folgen der Einführung einer betrieblichen Obergrenze für EU-Direktzahlungen“ beschlossen. Entworfen hat dieses Papier der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums Dr. Gerald Thalheim (SPD). In dem Verband sind 324 Agrargenossenschaften organisiert. Für die seien Obergrenzen „eine Katastrophe“. Drei Viertel der Genossenschaften wären davon mit mehr oder weniger großen Beträgen betroffen, ein erheblicher Teil in der Existenz bedroht. Im Rahmen einer Studie an fünf beispielhaften Genossenschaften habe der Verband festgestellt, dass den Agrargenossenschaften je nach Flächenausstattung 160 bis 270 Euro direkte Einnahmen je Hektar verloren gehen würden. Das entspreche zwischen acht und 16 Prozent der betrieblichen Umsätze.

Auf der Versammlung sprach sich für das Bundesministerium (BMELV) Abteilungsleiter Dr. Jörg Wendisch ebenfalls gegen die Einführung einer absoluten Kappungsgrenze aus. Eine Grenze bei 300.000 Euro

würde fast ausschließlich Betriebe in Ostdeutschland treffen; sie würden mit rund 460 Mio. Euro die Hälfte ihrer gegenwärtigen Zahlungen verlieren. In Deutschland gibt es weniger als 1.800 Betriebe, die im Jahr mehr als 300.000 Euro Direktzahlungen erhalten.

Auch der Präsident des Deutschen Raiffeisenverband (DRV), Manfred Nüssel, hat sich gegen Obergrenzen ausgesprochen. Er forderte dazu auf, „die aktuellen Gedankenspiele um die Deckelung der Direktzahlungen zu beenden“. Laut DRV sind dem DRV 925 Agrargenossenschaften angeschlossen, die im Jahr 2006 im Durchschnitt einen Umsatzerlös von zwei Mio. Euro erzielt hätten.

Transparenz wackelt wieder

Bisher können die Interessenvertreter großer Prämienbezieher davon ausgehen, dass die Veröffentlichung der Empfänger von EU-Direktzahlungen erst erfolgt, wenn die Diskussion um den Gesundheits-Check schon gelaufen sein wird. Während die Beschlusslage auf EU-Ebene vorsieht, dass die Zahlungen aus der zweiten Säule, die ab dem 1.1.2007 gezahlt werden, im Jahr 2008 veröffentlicht werden müssen, steht eine Veröffentlichung der Direktzahlungen aus der ersten Säule erst für die Zahlungen an, die nach dem 16.10.2007 gewährt werden. Die Veröffentlichung muss aber erst im Jahr 2009 erfolgen.

Offen ist aber noch die genaue Umsetzung dieser Transparenz-Beschlüsse. Ein Kommissionsvorschlag sieht vor, dass neben dem Namen des Empfängers lediglich drei Zahlen auftauchen sollen: der Betrag der entkoppelten Direktzahlungen, zweitens der Betrag der übrigen Zahlungen aus der ersten Säule (z. B. Energiepflanzen) und drittens der Gesamtbetrag der Förderung aus der zweiten Säule (Investitionsförderung, Agrarumwelt u. a.). *uj*



Empfänger großer Beträge an EU-Direktzahlungen, wie sie besonders in den neuen Bundesländern vertreten sind, verteidigen ihre Interessen. Foto: Eisenberg

CMA-Abgaben: Versuch, Druck auszuüben

DBV-Präsident Sonnleitner will, dass Abgabepflichtige klagen müssen.
Rechtsanwalt Bittner sieht darin hohe Kostenrisiken auch für die Steuerzahler.

Das Absatzfondsgesetz zwingt die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft, Abgaben (Beiträge) an den Absatzfonds zu zahlen – die so genannten CMA-Abgaben. Seit Frühjahr 2006 liegt das Gesetz zur Prüfung beim Bundesverfassungsgericht, nachdem das Verwaltungsgericht (VG) Köln in Musterverfahren das Gesetz als verfassungswidrig eingeschätzt hat. Mit Verweis darauf haben viele weitere Betriebe Widerspruch gegen Beitragsbescheide eingelegt. Falls Karlsruhe das Gesetz für verfassungswidrig erklärt, muss der Absatzfonds die widerspruchsbehafteten Beiträge zurückzahlen. Um das zu gewährleisten, darf der Absatzfonds diese Beiträge nicht an die CMA weiterreichen. Die CMA musste ihren Haushalt um 50 Prozent kürzen. Der Bundestag hat gerade eine „kleine Novelle“ des Absatzfondsgesetzes beschlossen; die Zustimmung des Bundesrates gilt als sicher. Zu den Auswirkungen der Novelle auf die Widerspruchsverfahren haben wir den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Carsten Bittner befragt; er vertritt die drei Kölner Kläger.

Sehen Sie die Mängel des Gesetzes bezüglich der Verfassungsmäßigkeit durch diese kleine Novelle als geheilt an?

Nein. Es war auch ursprünglich gar nicht Sinn dieses Änderungsgesetzes, die vom Verwaltungsgericht Köln aufgezeigten Mängel des Absatzfondsgesetzes zu beheben. Man hat erst im Nachhinein, nämlich nachdem die Entscheidung des VG Köln vorlag, den Versuch gemacht, diese kleine Novelle dann auch dazu zu nutzen, die aufgezeigten Mängel der Sonderabgabe Absatzfonds zu beheben. Ich meine, dass das aber nicht gelungen ist. Das VG Köln hebt insbesondere auf den Zweck des Gesetzes ab, der ist aber durch die kleine Novelle nicht geändert worden.

Herr Sonnleitner als DBV-Präsident und Vorsitzender des Absatzfonds-Verwaltungsrats will dennoch mit Verweis auf die Novelle erreichen, dass Widersprüche gegen Abgabenbescheide nun ablehnend beschieden werden. Welche Konsequenzen hätte das für die Beitragszahler?

Es ist der Versuch, finanziellen Druck auf die Abgabepflichtigen auszuüben, um sie daran zu hindern, Rechtsmittel einzulegen und insoweit von ihren prozessualen Rechten Gebrauch zu machen. Wenn die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) als bescheidende Behörde diesem Druck nachgibt und gegen die

diversen Widersprüche, die ja dort bislang im Hinblick auf die Musterverfahren ruhen, Widerspruchsbescheide erlässt, müssen die Abgabepflichtigen gegen diese Widerspruchsbescheide Klage erheben. Für die Klage ist dann ein Kostenvorschuss bei dem zuständigen Gericht einzuzahlen. Die Hoffnung, die hier von gewissen Funktionären verfolgt wird, ist eben, dass diese Einzahlung des Kostenvorschusses die Abgabepflichtigen davon abhält, Klage zu erheben und von ihren Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Die weitere Hoffnung ist dann, dass auf diesem Wege bislang durch Widerspruch gesperrte Mittel wieder frei werden, die die CMA dann wieder einsetzen kann.

Wie hoch ist dieser Kostenvorschuss?

Das hängt ganz ab von der Höhe der Beiträge, die der Einzelne entrichten muss. Bei Beiträgen im vierstelligen Bereich können es ein paar Hundert Euro sein, bei sehr hohen Beiträgen, wie sie insbesondere von Molkereien oder Schlachtereien zu entrichten sind, kann das in den vier- bis fünfstelligen Bereich gehen.

Wie bewerten Sie die Strategie der DBV-Spitze, die Betriebe, die mit dem Widerspruch ihr Geld sichern wollen, mit der Androhung von Klageverfahren davon abhalten zu wollen?

Ich halte das für etwas, was man sehr kritisch sehen muss. Es ist bisher gute Übung der BLE, aber auch anderer Stellen, beispielsweise der Finanzämter, dass man bei einer im Grundsatz streitigen Frage Musterverfahren führt, in denen beispielsweise über die Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit eines Gesetzes entschieden wird, und dass man die große Zahl der weiteren Widersprüche, die sich auf diese Fragen beziehen, ruhen lässt und die Entscheidung dieser Widersprüche vom Ausgang eines solchen Musterverfahrens abhängig macht. Das hat für beide Seiten, sowohl für die Bürger als auch für die Behörden, einfach den Vorteil der Arbeitersparnis und der Kostenersparnis. Denn diesen Kostenvorschüssen, die die Abgabepflichtigen bei Gericht einzahlen müssten, stehen auch entsprechende Kostenrisiken der BLE gegenüber. Wenn die Vorschriften des Absatzfondsgesetzes in den Musterverfahren vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erkannt werden, wird die BLE sämtliche Verfahren, die sie durch Verbeischeidung der Widersprüche jetzt provoziert, verlieren. Dann hat sie in sämtlichen Verfahren die entstandenen Gerichtskosten,

aber auch gegebenenfalls entstandene Anwaltskosten zu erstatten. Also es wird hier der BLE – und das heißt letztlich den Steuerzahlern – ohne Not ein Kostenrisiko aufgebürdet, um Absatzfonds und CMA wieder liquide zu machen.

Wie werden Verwaltungsgerichte mit Klageverfahren umgehen? Werden die einfach entscheiden?

Nein, das werden sie nicht. Das ist ja gerade der Witz bei der Sache. Die Verwaltungsgerichte werden natürlich das tun, was die BLE bisher vernünftiger Weise getan hat, d. h. die werden diese Klagen alle nehmen und zunächst einmal ruhen lassen im Hinblick auf die Musterverfahren, die beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind. Ich finde, das zeigt besonders, wie absurd es wäre, jetzt die BLE zum Erlass von Widerspruchsbescheiden zu zwingen. Man gibt die ganzen Verfahren nur eine Instanz höher, wo sie dann weiterruhen werden.

Gibt es schon einen Termin, wann Karlsruhe entscheiden wird?

Nein, einen Termin gibt es noch nicht. Nach der üblichen Dauer von Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht rechnen wir damit, dass das Verfahren im Laufe des nächsten Jahres aufgenommen wird und wir dann weitere prozessuale Schritte und vielleicht dann auch eine Entscheidung haben werden.

Vielen Dank für das Gespräch!



Dr. Carsten Bittner, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Partner in der Sozietät Graf von Westphalen

Abgaben-Rechner

Auf der Internet-Seite www.absatzfonds-abschaffen.de steht ein Excel-Rechner (siehe Bild) bereit, mit dem jeder Betrieb schnell errechnen lassen kann, wie viel „CMA-Abgaben“ er im Jahr zahlt. Die Seite wird betrieben von einem der drei „Kölner“ Kläger, dem Geflügelhalter Georg Heitlinger. Der Rechner ist einfach zu bedienen, die Ergebnisse werden manchen überraschen. Auf der Homepage gibt es auch Muster für Widersprüche gegen Bescheide über Abgaben zum Absatzfonds.

Produkt	Mengen-Einheit	Ihre Menge (Bitte Mengen-Einheit resultieren)	Beitrag laut Absatzfonds-Gesetz	Gesamtbeitrag p.a.
10 Zuckerkorn	Tonnen		0,18 €	0,18 €
11 Malzgerste	Tonnen		0,28 €	0,28 €
12 Braugerste	Tonnen		0,91 €	0,91 €
13 Ölöl, Trauben, Karottensaft, Hülsenfrüchte	je 1000 Liter		0,28 €	0,28 €
14 Milch	Tonnen	1000	1,27 €	1.270,00 €
15 Eier	1.000 St.		0,38 €	0,38 €
16 Schlachtgeflügel	100 kg		0,38 €	0,38 €
17 Schmalz	1 St.		0,28 €	0,28 €
18 Schlachtkörper	1 St.		0,51 €	0,51 €
19 Schlachtschaf	1 St.		0,58 €	0,58 €
20 Raps- und Rapskörner	Tonnen		0,71 €	0,71 €
21 Sonnenblumenkerne	Tonnen		0,91 €	0,91 €
22 weitere (bitte in diesem Rechner unberücksichtigt!)				
Gesamtsumme, die Sie Betrieb p.a. an den Absatzfonds direkt oder indirekt zu zahlen hat:				1.270,00 €

BBV will gegen BDM mobilisieren

Bisher ist der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) in Bayern ganz besonders stark unter den Milchbauern verankert. Das scheint dem Bayerischen Bauernverband, wo wie auf Bundesebene Gerd Sonnleitner Präsident ist, nicht zu schmecken. BBV-Generalsekretär Hans Müller hat einen Brief an den BDM-Vorsitzenden Romuald Schaber geschickt und den gleich öffentlich – u. a. im Wochenblatt – gemacht. Müller meint, der BDM lasse die Milcherzeuger „über Details der Strategie“ des BDM „vollkommen im Dunkeln“, und reiht dann ein paar Fragen hintereinander, die offenbar bei den Milchbauern den Eindruck erwecken sollen, als seien die Entscheidungsprozesse und Konsequenzen eines Lieferstreiks tatsächlich bisher unbeantwortet. Dann bedient sich Müller noch der Position der Molkereien, indem er behauptet, „renommierte Juristen“ seien nicht der Auffassung, dass auf streikende Milchbauern nicht doch Schadensersatzforderungen zukommen könnten. Aber um nicht missverstanden zu werden, ergänzt Müller: „Der Bayerische Bauernverband steht einem Lieferboykott grundsätzlich offen gegenüber“, könne sich aber nicht positionieren, bevor die Fragen, die Müller für offen hält, nicht geklärt seien. Auf den offenen Brief hagelte es Leserbriefe, in denen Milchbauern erklärten, die Fragen seien längst beantwortet, nicht zu letzt auf den vielen, vielen BDM-Veranstaltungen. Die Gefechtslage auf den Leserbrief-Seiten war so eindeutig, dass die Redaktion zwei Ausgaben später schrieb: „Mit den hier abgedruckten Leserbriefen ... beenden wir die Diskussion.“ *uj*

Genossenschaften: 9,5 Mrd. Umsatz

Die Molkereigenossenschaften, die Mitglied im Deutschen Raiffeisenverband (DRV) sind, haben im Jahr 2006 einen Umsatz von 9,5 Mrd. Euro erzielt, was einem Plus von 3,5 Prozent entspricht. Damit war dieser Bereich nach den Warengenossenschaften (18 Mrd. Euro Umsatz) der zweit umsatzstärkste unter allen Genossenschaften. Die Anzahl der milchverarbeitenden Genossenschaften verringerte sich um 10 Prozent auf 64 Unternehmen, zusammen verarbeiteten sie rund 20 Mio. t Milch, teilte der DRV mit. *pm*

Bauergelder an Molkereien

Die FNPL, Milchzweig des französischen Bauernverbandes, hat bei der Interprofession die Einrichtung eines Investitionsfonds vorgeschlagen. Ein Teil der Gelder, die die französischen Milcherzeuger zur Absatzförderung zu entrichten haben, sollen zur Modernisierung des Molkereisektors genutzt werden. Diese Maßnahme, die Landwirtschaftsminister Busserau als sehr wünschenswert ansieht, hält die Confédération Paysanne gewissermaßen für eine Beleidigung der Milcherzeuger. Seit fünf Jahren schon müssten sie stetig sinkende Erzeugerpreise akzeptieren und seien außerdem bemüht, einen ausbalancierten Milchmarkt zu gewährleisten. Jetzt solle wiederum Bauergeld für die Konsolidierung der Verarbeitungsbranche genutzt werden. Es handelt sich um 15 Millionen Euro, die innerhalb von drei Jahren fließen sollen. *sk*

Milchpreisanstieg in Frankreich

Am 18. April hat die französische CNIEL, bestehend aus dem Milchzweig (FNPL) des französischen Bauernverbandes und Vertretern der genossenschaftlichen und privaten Molkereien, eine Milchpreisempfehlung herausgegeben, die um 1,3 Cent je Liter über dem Vorjahresniveau desselben Zeitraumes liegt. Entsprechend der Vereinbarungen vom Januar 2006 ergibt sich für Exportprodukte starken Verbrauchs eine Preissteigerung um 1,08 Ct/l, aufgrund der Entwicklung des Butter- und Milchmarktes ein Plus von 1,56 Ct/l und aufgrund des Wettbewerbsfaktors ein Plus von 0,82 Ct/l. Zusammengefasst führt dies zu einer Steigerung von 1,30 Ct/l. Nun müsse in den einzelnen Regionen dafür gesorgt werden, dass die Milchindustrie sich an die Preisempfehlung des CNIEL halte, betonte die FNPL.

Einstieg in flächenlosen Quotenhandel

In Frankreich wurde im Milchwirtschaftsjahr 2006/2007 in einigen Departements der Einstieg in den flächenlosen Quotenhandel vollzogen. Landwirte, die die Milcherzeugung aufgeben, werden für die Abgabe ihrer Quote entschädigt, die so zum ersten Mal einen direkten Wert erhält. Für die ersten 100.000 Liter erhalten sie je Liter einen Betrag und für die weitere Milchmenge etwas weniger. Die frei werdenden Referenzmengen werden zum Teil wie bisher kostenlos an Junglandwirte ausgegeben und zum Teil für 15 Cent an Interessenten verkauft. Die Entscheidung für die Einführung des Systems und die Höhe der Preise liegt bei den Departements, die teilweise auch die Kaufmenge je Betrieb begrenzen. *sk*

Kurzes am Rande

Franzosen für Mengenregulierung

EU-Milchpolitik dürfe nicht dem Weltmarkt geopfert werden

„Ich fordere die französische Regierung und die EU-Kommission dazu auf, das Herz der Politik der Regulierung und des Schutzes des Milchmarktes zu verteidigen (...) und dafür zu sorgen, dass die Zukunft des Milchsektors nicht auf dem Weltmarkt endet,“ das sagte Henri Bricharts, Präsident des Milchzweiges (FNPL) des französischen Bauernverbandes (FNSEA), bei einer Rede vor dem französischen Senat. In den letzten Wochen setzt sich sowohl die FNPL als auch die Interprofession, in der neben Milcherzeugern auch die Molkereien vertreten sind, deutlich für eine Fortführung einer europäischen Milchpolitik ein.

hensweise der EU-Kommission in Bezug auf die Milchmarktreform stark kritisiert. Die Konsultationen der Mitgliedsstaaten hätten noch gar nicht begonnen, doch die Kommission spreche schon vom Ende der Milchmarktregulierung in Europa. 90 Prozent der europäischen Milchproduktion würde innerhalb Europas abgesetzt. Die Milcherzeuger sähen sich hiermit einem sicheren Markt mit hoher Wertschöpfung gegenüber, weil es klare, stabile und für alle identische Regeln gebe. Die Perspektive Weltmarkt der Kommission dagegen bedeute Wettbewerb zwischen allen Ländern der Welt, die alle gemäß ihrer eigenen Regeln vorgingen.



Frankreich ist mit gut 23 Mrd. t Milch nach Deutschland (gut 27 Mrd. t) zweitgrößter Milchproduzent in der EU. Beim Konsum von Käse liegt Frankreich dagegen auf Platz Eins, bei der Käse-Produktion allerdings wiederum – entgegen dem Image – hinter Deutschland auf Platz zwei.

Effektive Mengenregulierung

Frankreich setzt die Quotenregelung der EU anders um als Deutschland. Überlieferungen werden stringenter gehandelt als bei uns: schon bei der geringsten Überschreitung der Betriebsquote werden Superabgaben fällig, und zwar im wesentlichen unabhängig davon, ob die nationale Quote noch Spielraum aufweist oder nicht. Das wird in Deutschland anders gehandhabt. Somit ist die Quotendisziplin in Frankreich hoch. Im Milchwirtschaftsjahr 2006/2007 wurden 2,5 Prozent (600.000 t) der französischen Quote nicht produziert.

Aus Sicht der französischen Milcherzeuger ist eine Mengenregulierung die Grundlage für höhere Erzeugermilchpreise. Jeder Liter Milch zu viel sorge für Druck auf dem Markt und lasse die Preise sinken.

Brief an Fischer-Boel

Die erste öffentlichkeitswirksame Aktion für die Quote bestand in einem offenen Brief an EU-Kommissarin Mariann Fischer-Boel, den am 20.4.2007 bereits 230 französische Abgeordnete unterzeichnet haben. In diesem Brief wird die Vorge-

Milch und ländlicher Raum

In dieselbe Richtung argumentierte Bricharts auch wieder auf der Jahresversammlung der FNPL, bei der auch Frankreichs Landwirtschaftsminister Dominique Busserau anwesend war: „Das nationale Modell steht für eine wettbewerbsfähige Milchbranche im gesamten ländlichen Raum, für eine humane Betriebsgröße und für die Integration in die Gesellschaft.“ Deshalb dürfe dieses Milchmodell nicht durch schlechte agrarpolitische Beschlüsse zerstört werden. Der Agrarminister reagierte mit dem Versprechen, noch im April

eine Arbeitsgruppe zur nationalen Verwaltung der Milchquoten einzusetzen. Außerdem sicherte er zu, dass die französische Regierung das Milchmodell auf europäischer Ebene und in der WTO verteidigen werde. Die sichere und wettbewerbsstarke Landwirtschaft, die das Modell gewährleisten, sei die Voraussetzung der Nahrungsmittelsouveränität.

Quote, aber konsequent

In Frankreich wird die Quote als Instrument zur Mengenregulierung effektiv genutzt. Die französischen Milcherzeuger sind überzeugt davon, dass eine Ausgeglichenheit von Angebot und Nachfrage für kostendeckende Erzeugerpreise notwendig ist. Dies erklärt die breite Zustimmung zur Fortführung der europäischen Quotenregelung. Das Engagement der Molkereiwirtschaft (im Rahmen der Interprofession) und der Abgeordneten zeigt, dass die Milcherzeuger hierbei unter Umständen auf eine breite Unterstützung für das existierende Milchmodell bauen können. Inwieweit es sich hier um eine strategische Kommunikation handelt, bleibt abzuwarten. *Sonja Korpeter*

Verbände warnen vor Folgen eines Quoten-Ausstiegs

Auch Umweltverbände unterstützen Milchbauern. Wert der Milch für ländliche Wirtschaft betont

Aus Anlass der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern Ende April haben Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz sowie Entwicklungspolitik vor den Folgen eines Ausstiegs aus der Milchquotenregelung gewarnt. Damit seien viele Fragen verbunden, die bislang völlig unbeantwortet geblieben seien, so die Verbände.

Wenn es das Ziel eines Quotenausstiegs sei, den ohnehin schon starken Strukturwandel in der Milchviehhaltung noch zu verschärfen und die Milchviehhaltung in wenigen Jahren auf die Hälfte der heute gut 100.000 Milchviehbetriebe in Deutschland zu konzentrieren, dann bringe das erhebliche negative wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen in vielen Regionen mit sich. Auch für Entwicklungsländer berge die mit dem Quotenausstieg verfolgte Absenkung des EU-Milchpreises auf Weltmarktniveau erhebliche Risiken.

Die Erklärung ist unterzeichnet von folgenden Verbänden: AbL, Bioland, BUND, Bund Naturschutz Bayern, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Deutscher Tierschutzbund, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Euronatur, Naturland, Neuland und Oxfam Deutschland.

„Bisher gibt es keine Antwort auf die Frage, welche realistischen Alternativen für die wegfallenden über 70.000 Arbeitsplätze in den aufgebenden Betrieben den Menschen und Familien in Aussicht gestellt werden können“, geben die Verbände zu bedenken.

Fragen unbeantwortet

Offen sei bisher auch, wie verhindert werden solle, dass die Milcherzeugung aus weniger ertragreichen Standorten weiter abwandert. Milcherzeugung wandere zwar bundesweit in Grünlandgebiete, aber nur auf ertragreiche Standorte.

Die weniger ertragreichen, aber besonders artenreichen Gebiete könnten flächendeckend nur über die Milcherzeugung in der Bewirtschaftung gehalten werden: „Bricht die wirtschaftliche Basis für die Milchviehhaltung weg, drohen ganze Kulturlandschaften zu verbuschen“, so die Erklärung der Verbände.

Ungeklärt lasse die Politik bisher auch, wie etwaige staatliche Maßnahmen, die diesen Entwicklungen entgegensteuern, bezahlt werden sollen. Die dafür in Frage kommenden Haushaltsmittel seien für die nächsten Jahre gerade drastisch gekürzt worden. Bei den Betroffenen Hoffnungen auf

Begleitmaßnahmen zu wecken, ohne vorher eine deutliche Erhöhung der Mittel verbindlich zu sichern, sei unverantwortlich.

Kernprobleme eines Quotenausstiegs seien bisher sowohl von der Politik in EU, Bund und Ländern als auch vom Deutschen Bauernverband und der Milchindustrie vollkommen ungelöst geblieben. Umso unverantwortlicher sei es, dass diese Akteure sich schon jetzt klar für einen Quotenausstieg aussprechen, schreiben die Verbände.

Das Verbände-Bündnis unterstützt dagegen die Milchviehhalter in ihrem aktiven Eintreten für einen höheren Erzeugerpreis für Milch in Richtung 40 Cent. Dabei sei allen klar, dass ein solches kostendeckendes Preisniveau aber nur zu halten sein werde, wenn es eine wirksame Mengengrenzung gibt. *uj*



Viele Fragen, die mit einem Ausstieg aus der Milchquote verbunden sind, bleiben bisher unbeantwortet. Den Ausstieg zu beschließen, bevor die Antworten klar sind, erhöht die Planungssicherheit der Betriebe nicht, sondern ist unverantwortlich, sagen die Verbände. Foto: Jasper

BSE-Studien belasten Milchaustauscher. Folgenlos?

Zusammenhang zwischen BSE-Häufigkeit und jeweils „einem“ Milchaustauscher

An der Tierärztlichen Hochschule Hannover (Institut für Biometrie, Epidemiologie und Informationsverarbeitung) sind vor kurzem zwei Doktorarbeiten zum oben angegebenen Thema entstanden. In beiden Untersuchungen wurden – bei unterschiedlichen Untersuchungsmethoden – folgende Zusammenhänge festgestellt: In großen Herden kamen BSE-Fälle häufiger vor als in kleinen (Grund: andere Fütterungspraxis; mehr Futtermittelzukauf). Der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Auftreten von BSE war in Niedersachsen aber deutlich weniger stark als in England.

Holstein Rotbunte waren in Niedersachsen deutlich stärker von BSE-Fällen betroffen, als es ihrem Anteil entsprechend zu erwarten gewesen wäre. In einer bayrischen Studie wurde eine noch deutlich höhere Empfindlichkeit bei Braunvieh nachgewiesen.

Das Auftreten von BSE war in Milchviehherden größer als in Mastviehbeständen. Auch hier waren die Unterschiede in Niedersachsen deutlich geringer als in England. Ursache dürfte sein, dass in Milchviehherden viel häufiger Milchaus-

tauschfutter eingesetzt wird als in Mastviehherden.

Wie in einer bayrischen Studie, so konnte auch in Niedersachsen ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Milchaustauschern und dem Auftreten von BSE festgestellt werden.

Bei einem Milchaustauscher konnte ein hoher Zusammenhang mit dem Auftreten von BSE nachgewiesen werden. Dieser Zusammenhang mit jeweils einem Milchaustauscher konnte auch in Studien für das Auftreten von BSE in Bayern und in Dänemark nachgewiesen werden. Leider teilt die Doktorarbeit in Bayern nicht mit, ob es sich in allen drei Ländern um den gleichen Milchaustauscher der gleichen Firma gehandelt hat, oder ob es jeweils ein anderes Produkt einer anderen Firma war. Es gab keine Zusammenhänge zwischen a) dem Auftreten von BSE und Weidegang, b) gemeinsamen Weidegang mit anderen Tieren, c) dem Zukauf von Zuchttieren. Eine ganz neue Dimension erhält der Begriff „professionelle Betriebsführung“ nach dieser Studie; wird doch festgestellt, dass es Hinweise gibt für ein „vermehrtes Auftreten von BSE in professionell ge-

führten Betrieben“. Professionell meint das verstärkte Einsetzen eines (besonders preiswerten?) Milchaustauschers.

Greift Produkthaftung?

Die Frage, die sich nach diesen Studien stellt, ist, welche Milchaustauscher welcher Hersteller in hohem Maße mit dem Auftreten von BSE in Verbindung stehen. Ist es nicht dringend an der Zeit, hier – ausgehend von der Produkthaftung – die immensen Schäden der BSE-Krise in Verbindung zu bringen mit diesen Herstellern bzw. diesem Hersteller? Oder: Gilt Produkthaftung doch nur für die Landwirtschaft?

Die zweite Frage, die sich grundlegend stellt, ist die nach dem Einsatz von Milchaustauschern überhaupt. Bei ausschließlicher Verwendung von Vollmilch – wie in der ökologischen Landwirtschaft vorgeschrieben – hätte es die BSE-Krise vielleicht nicht gegeben! „Professionelle Betriebsführung“ sollte nicht mehr verstanden werden als möglichst „kostenoptimiert“, sondern als bestmögliche Nutzung der betrieblichen Möglichkeiten (der betrieblichen Kreisläufe).

Prof. Onno Poppinga

Rohstoffwert schon 31,6 ct/kg

Schon jetzt, noch vor Beginn der Preisverhandlungen der Molkereien mit dem Lebensmittelhandel, liegt der Rohstoffwert der Milch nach Berechnungen der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL) in Kiel bei 31,6 Cent/kg (3,7 % Fett, 3,4 % Eiweiß).

Der Rohstoffwert Milch wird allein vom Fett-/Butterwert und Eiweiß-/Pulverwert abgeleitet.

Der Butterwert lag im März bei 10,25 Cent/kg und der Pulverwert bei 21,37 ct/kg.

Wie stark der Rohstoffwert derzeit steigt, zeigt ein Vergleich zum Februar: Da lag er noch bei 28,8 Cent/kg.



Kurzes am Rande

Musketiere gegen „A 39-Ideologen“

Mit einer originellen Einlage haben die 34 Bürgerinitiativen gegen die geplante A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht. Während drinnen der nichtöffentliche Erörterungstermin stattfand, verlas ein Ausrufer laut einige der 15.000 Einwendungen, die im Rahmen des Raumordnungsverfahrens eingebracht, aber „gar nicht oder nur schematisch-abwehrend behandelt“ worden seien, wie Annette Niemann, Sprecherin des Dachverbands der A-39-Gegner, den Behörden vorwirft. *pm*

Tag der Regionen 2007 „regional & fair“

Der nächste Tag der Regionen findet am 30. September 2007 mit dem Aktionszeitraum vom 22.09 bis 14.10.2007 statt. Die Organisatoren möchten unter dem Motto „regional & fair“ vielfältige Beispiele für faires Konsumverhalten aufzeigen. Der bundesweite Aktionstag will Erlebnisse schaffen, die dem Verbraucher die Zusammenhänge zwischen persönlicher Kaufentscheidung und den Entwicklungschancen der eigenen Region bewusst machen, und anregen, Konsumgewohnheiten zu überdenken. Der Aktionstag findet dezentral in vielen Regionen Deutschlands statt. Erwartet werden wie in den letzten Jahren bundesweit Hunderte von Veranstaltungen. Akteure oder solche, die es neu werden wollen, können sich ab sofort unter www.tag-der-regionen.de registrieren und anmelden. Auf der Homepage gibt es viele Anregungen und Tipps. Tel. NRW-Büro: 05643-949271. *pm*

Camembert droht Aufweichung

In Frankreich versuchen die Molkereigruppen Lactalis und Isigny-Sainte-Mère, die Regeln für das bedeutende Güte- und Herkunftszeichen AOC (Appellation d'Origine Controlée) so zu ändern, dass in Zukunft so gekennzeichnete Camembert nicht mehr aus Rohmilch hergestellt werden muss, sondern auch aus mikrofiltrierter oder pasteurisierter Milch hergestellt werden darf. Lactalis und Isigny-Sainte-Mère haben die Kennzeichnung mit AOC ausgesetzt, um Druck auszuüben. Sie würden so lange auf das Siegel verzichten, bis die Kriterien geändert würden, zitiert die Lebensmittelzeitung einen Manager. Argumentiert wird mit gesundheitlichen Gründen. Dem hat allerdings die französische Agentur für Nahrungsmittelsicherheit Afssa widersprochen. In jüngster Zeit seien keinerlei gesundheitliche Probleme bekannt geworden, so die Afssa. Die Gegner der Aufweichung sehen nicht nur den Rohmilch-Camembert, sondern auch das Renommee des AOC-Zeichens in Gefahr. *pm*

Gerd Billen folgt Edda Müller

Als Nachfolger von Prof. Edda Müller im Amt des Vorstands des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes (vzbv) hat der vzbv-Verwaltungsrat Gerd Billen berufen. Frau Müller gibt das Amt aus Altersgründen zum 1. August 2007 ab. Bis 2005 war Gerd Billen 13 Jahre lang Bundesgeschäftsführer des Naturschutzbund Deutschland (Nabu), davor Bundesvorsitzender der Verbraucher-Initiative und in dem Zusammenhang auch Mitgründer von NEULAND. Zuletzt stand er bei der Otto-Gruppe in Hamburg dem Bereich Umwelt- und Gesellschaftspolitik vor. *pm*



Protestmarsch durch Berlin Mitte am 17. April.

Foto: Thomsen

Aktionstag G8 & Landwirtschaft

Überblick der Veranstalter über die Planungen zum 3. Juni 2007 in Rostock

Der Aktionstag am Sonntag, 3. Juni schließt an die Großdemonstration in Rostock am Samstag, den 2. Juni 2007 an. Er soll zeigen, dass trotz der erwarteten massiven Präsenz von Polizei und Bundesgrenzschutz aktives und vielfältiges Verhalten vieler Menschen möglich ist – und er soll zum Mitmachen einladen.

Den Auftakt bildet die Demonstration, mit hoffentlich vielen Traktoren. Sie verläuft vom Agro-Gentech-Institut der Universität Rostock zum Universitätsplatz in der Innenstadt. Den Endpunkt stellt das Agro-Bio-Technikum mit dem Gen-Versuchsfeld in Groß Lüsewitz, 15 km östlich von Rostock, dar. Dazwischen findet für Aktive und Mobile eine Rallye statt. Dabei soll die Rallye einen betont spielerischen Charakter haben, so dass Jung und Alt daran teilnehmen können.

Die Kundgebungsbeiträge sollen den Zusammenhang zwischen G8 und Globaler Landwirtschaft, die Rolle von Wissenschaft und Förderung der Gentechnik sowie die Perspektiven des Widerstands aufzeigen. Eingeladen sind Redner/-innen der weltweiten Kleinbauern- und Landlosen-Organisation Via Campesina, der französischen Confederation Paysanne und natürlich deutsche Bauern und Bäuerinnen. Danach beginnt die Rallye. Ein Flyer informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die einzelnen Aktionsorte. Auf der Strecke von Rostock nach Groß Lüsewitz gibt es eine Reihe von Discountern, Burger-King, McDonald's, eine Erdbeerplan-

tage, die unter prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten lassen, Großmastanlagen, eine Forschungseinrichtung für Genmanipulation an Nutztieren und anderes mehr. Kreative Aktionen sollen auf den Zusammenhang von G8 und Globaler Landwirtschaft aufmerksam machen.

Der Bewegungsenergie sind keine Grenzen gesetzt: Zu Fuß, auf Stelzen, als Skater, mit Kinderwagen, Fahrrädern, Traktoren, Autos, Bussen. Es fährt allerdings auch stündlich ein Regionalzug von Rostock nach Groß Lüsewitz.

Zielort Groß Lüsewitz

Der Zielort Groß Lüsewitz ist schon seit vielen Jahrzehnten mit Agrarforschung verbunden. Viele Bewohnerinnen und Bewohner arbeiten in den unterschiedlichen Instituten – und stehen der industrialisierten Landwirtschaft und der Gentechnik eher positiv gegenüber.

Einige werden dort schon zu Beginn der Rallye präsent sein: mit Ständen, mit kleineren Aktionen, mit Musik, mit guter Laune und werden auf unterschiedliche Weise ihre Sichtweise der globalen Probleme darstellen.

Geplant ist auch, einen Shuttle-Dienst für die Bauern und Bäuerinnen einzurichten, die mit dem Traktor kommen.

*Aktionsnetzwerk G8
und Globale Landwirtschaft*

Informationen:

www.g8-landwirtschaft.net

Weltweit Proteste für Agrarreformen

Am 17. April gab es wieder weltweit Aktionen, auch in Berlin

Am 17. April protestierten die AbL, das Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft und die Menschenrechtsorganisation FIAN in Berlin vor den Ministerien für Landwirtschaft und Entwicklung (siehe Foto).

An dem internationalen Aktionstag des Kleinbauernnetzwerkes Via Campesina appellierten sie mit Transparenten und Reden an die Politiker, künftig die Belange der Bäuerinnen und Bauern in Süd und Nord in den Vordergrund zu stellen.

Am selben Tag fanden noch in mehr als zehn Städten in Deutschland Aktionen statt. Damit wurde auf die prekäre Situation der Kleinbauern, Landarbeiter und Landlosen im Süden aufmerksam gemacht und umfassende Agrarreformen gefordert.

Immer noch leben 80 Prozent der weltweit hungernden Menschen in ländlichen Regionen, also dort, wo eigentlich Nahrung angebaut wird.

Aber die Proteste haben auch verdeutlicht, dass auch die bäuerlichen Betriebe in Europa von einer exportorientierten und liberalisierten Agrarpolitik gefährdet sind.

Die Milchmarktpolitik zeigt das: „Die administrativ festgelegten Überschüsse in der EU führen dazu, dass die Milchpreise für die hiesigen Milchbetriebe immer weiter sinken und die Bäuerinnen und Bauern kein ausreichendes Einkommen mehr erwirtschaften können“, sagt Bernd Voß, stellvertretender AbL-Vorsitzender, „außerdem bedrohen die durch Ausfuhrerstattungen künstlich verbilligten Milchexporte aus der EU die Milchwirtschaft in Ländern wie Burkina Faso oder Jamaika.“ Ein Auslaufen der Milchquote im Jahr 2015 würde an dieser Situation nichts ändern, gibt Voß zu bedenken. Er fordert: „Wir brauchen eine wirksame Mengenbegrenzung, sonst geht das Dumping mit EU-Milchprodukten weiter – auch zu Lasten der Betriebe hier.“

Berit Thomsen

Betriebsspiegel

Bio-Milchschafhof in Bärenstein/
Osterzgebirge
37 Schwarze Ostfriesen mit Nachzucht
(Herdbuch)
3 Mastschweine
14,5 ha Grünland
Hofkäserei und Direktvermarktung
im Aufbau

Knapp ein Jahr war es her, dass wir begonnen hatten, all unsere Energie darauf zu konzentrieren, irgendwo in Ostsachsen einen Hof zu finden, um hier – in der Nähe unserer Familien – einen Bio-Milchschafhof aufzubauen. Sieben Jahre lang hatte Falk in Ostvorpommern Erfahrungen mit Milchschafen gesammelt und war als Schäfer gerade dabei, seinen Meisterabschluss zu absolvieren. Wir hatten Immobilienanzeigen gewälzt, Kontakte zu Gemein-

den, Landrats- und Landwirtschaftsämtern, Naturschutz- und Ökoverbänden aufgenommen, waren unzählige Kilometer durch Sachsen gefahren – und sind unserem Ziel nicht einen Millimeter näher gekommen.

Höfe gab es genug: aufgegeben, verlassen, in den unterschiedlichsten Stadien des Verfalls, wartend auf Stadtflüchtlinge mit handwerklichem Geschick. Nur auf eine „Landwirtschaft“ warteten diese Höfe nicht. Wie oft mussten wir die Fassungslosigkeit der bejahrten Hofbesitzer miterleben, wenn sie erkannten, dass das mit dem Hof zu verkaufende Land für einen zur Landwirtschaft entschlossenen Käufer nicht nutzbar ist, weil es dank eines 12-, 15- oder 20-jährigen, oft schon vorfristig

verlängerten Pachtvertrags der benachbarten Agrar-GmbH zur Sicherung ihrer Bankkredite dient.

Wir haben traurige Familiengeschichten gehört, uns über Wucher-Angebote geärgert, unter den Vorwählnummern 04, 07 und 08 mit den begüterten, auf noch mehr Geld hoffenden Neffen und Nichten verwitweter Hofbesitzer telefoniert und manch ein mehr oder weniger selbstüchtig an uns herangetragen Kooperationsangebot geprüft.

Aber wir hatten es ebenso oft auch mit Bürgermeistern und Gemeindefacharbeitern zu tun, die engagiert um die Zukunft ihrer Regionen kämpfen. Doch 10 ha Land als wirtschaftliche Grundlage und gerade soviel, wie für

die Fütterung von 40 bis 50 Milchschaafen nötig sein würde, konnte uns niemand anbieten.

Nach diesem Jahr ergebnisloser Suche standen wir vor der Wahl, selbst eine Vermittlung für mehr oder weniger verkommene Bauernhöfe zu eröffnen – inzwischen waren wir kenntnisreicher als der sachkundigste Immobilienmakler – oder Falks frisch erworbenen Meisterabschluss irgendwo weit weg von Dresden in Lohnarbeit zu verwenden.

Doch dann, in letzter Minute, die Anzeige zum Verkauf unserer schwarzen Ostfriesischen Milchschafe war bereits in der Schafzuchtzeitung veröffentlicht, bekamen wir doch noch Hilfe durch – König Zufall und das Glück: Im Oktober 2006 verkaufte uns ein freundlicher Makler den für uns schönsten Hof im Osterzgebirge mit genauso viel Land, wie wir es erhofft hatten. Dank der Hilfe und freundlichen Aufnahme von AbL-Mitstreitern, des Pächters, an den noch für ein Jahr unser Land gebunden ist, und nicht zuletzt auch des benachbarten Agrar-Betriebes werden wir die Zeit bis zum Sommer 2008 überstehen und dann frei über unser Geschick bestimmen können.

Heute, im Frühjahr 2007, entscheiden wir allmorgendlich über die Top-Ten der typischen Existenzgründer-Problemlawine und hoffen, dass uns die Zuversicht nicht verlässt. Apropos: An welchem Wiesenrand steht noch ein alter DDR-Weidemelkstand? Für Hinweise sind äußerst dankbar:

Falk Bräuer und Elke Helbig
(falk-braeuer@web.de)

Betriebsgründung fast unmöglich

Ein Joggingausflug über die Hammer Halde führte mich das erste Mal zu dem Hof der Hacheneiers. Der Landwirt befand sich gerade auf dem Hof und hantierte an der Spritze, mit welcher er kurz darauf der Ackerfuchschwanzpopulation auf seinem Acker ein jähes Ende bereiten wollte. Erst zögerte ich, da ich eigentlich eher dem Biosektor zugetan bin. Dann fragte ich doch, ob er vielleicht Arbeit für mich hätte. Was ich denn gerne machen wolle? Ähm, melken wäre ganz nett. O. k., morgen kannst anfangen.

So viel seliges Vertrauen, ohne dass man gekannt wird, hatte ich nicht erwartet. Zudem hatte ich ja noch nie alleine gemolken, sondern war nur gelegentlich dabei gewesen. Über diese Tatsache herrschte aber Stillschweigen, auf was man achten muss, wusste ich zum Glück.

Die 85 Kühe sowie der in der Herde mitlaufende Bulle schienen mein Unwissen im Alleinmanagement jedoch sofort zu bemerken. Das Chaos durfte beginnen.

Fakt eins war: Ich hatte Angst vor dem Bullen und der registrierte das sehr schnell. Er wartete förmlich auf mich, und die letzten Kühe lagen oder standen immer so, dass ich an dem Herrn vorbei musste.

Während der kurzen Einlernphase stellte sich auch schon heraus, dass die Schwarzbunten im Vergleich zum Fleckvieh etwas tretlustiger und nervöser sind. Eine zu langsame Reaktion bescherte mir leicht blaue Unterarme.



Komplott im Kuhstall

Mein erster Tag alleine im Melkhaus war dann wohl auch der Gründungstag des Kuhkomplotts. Nummer 12 (Kühe haben hier keine Namen) zog gerade das Kontaktgummi, welches für die Funktion der Melkstandtüren zuständig ist, heraus, während Nummer 15 die Vordertür zum Hof aufschob, um sich davonzuschleichen. Dies geschah, als ich gerade an einer Kuh hantierte, welche recht tretlustig war und ständig das Melkzeug herunterwarf. Nun, wir überlebten alle diesen Tag, aber ich war doch leicht entnervt.

Tag zwei: Das Melken klappte soweit. Fast schon glücklich machte ich mich auf den Weg, um weitere Kühe in den Melkstand zu holen. Da senkte Num-

mer 7 den Kopf und drückte mich gegen die Wand. „Jetzt reicht's aber!!!“ Der spitze Schrei ließ die Herde die Köpfe heben, und nachdem ich mich von Nummer 7 befreien konnte, war der Zeitpunkt für eine längere Stallrede gekommen. So könne es nicht weitergehen ... und es sei doch auch in unserem gegenseitigen Interesse...klar, ist es blöd, gemolken zu werden, aber melken ist auch blöd...und sowieso sollten Frauen doch zusammenhalten ... außerdem wäre ich jetzt bereit, Gewalt anzuwenden.

Ich weiß nicht welcher Satz der letztendlich Entscheidende war. Aber es waren schätzungsweise 70 Prozent aus dem Komplott ausgestiegen und wie-

der bereit, sich auf das Übliche zu konzentrieren. Es herrscht nun ein Ausgleich zwischen Treten und Getreten Werden. Auch der Bulle wartet nicht mehr übermäßig lange. Ich glaube und hoffe ganz fest, dass wir schon bald ein relativ harmonisches Level erreicht haben und alle die gemeinsamen Melkzeiten genießen können.

Verena Spittler, Agrarstudentin und
Praktikantin bei der AbL

Betriebsspiegel

Der Hof Hacheneier
bei Hamm/Westfalen:
85 schwarzbunte Milchkühe;
175 Jungvieh
26 ha Grünland; 74 ha Ackerland
konventionelle Bewirtschaftung

Weiter steigende Schlacht-Zahlen

In den ersten drei Monaten des Jahres 2007 sind fast acht Prozent bzw. 818.000 mehr Schweine in Deutschland geschlachtet worden als im gleichen Zeitraum 2006, teilte die ZMP mit. Damit zeichne sich für dieses Jahr ab, dass der Rekord vom letzten Jahr nochmals übertroffen werde. 2006 wurden knapp 50 Mio. Schweine in deutschen Schlachthöfen geschlachtet, drei Prozent mehr als 2005. Bei stagnierendem Inlands-Verbrauch wurde der Zuwachs vor allem exportiert. Der Export stieg 2006 um gut 10 Prozent auf rund 1,25 Mio. Tonnen Schweinefleisch, insbesondere nach Mittel- und Osteuropa, so dass erstmals mehr Schweinefleisch aus Deutschland ausgeführt als ins Land eingeführt wurde. Die Erzeugerpreise für Mast Schweine und Ferkel kommen dagegen aus ihrer Talsohle nicht heraus. Und das, obwohl laut ZMP die Verkaufspreise für Schweinefleisch in den Kühltheken des Handels im ersten Quartal 2007 um gut 4 Prozent gestiegen sind. *pm*

Tschechische Bauern kritisieren Importe

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen haben Tschechische Bauern gegen zunehmende Fleischimporte aus westlichen EU-Ländern protestiert. Auslöser der Proteste war, dass die Handelskette Interspar Anfang März den Einkauf von tschechischem Fleisch, insbesondere Schweinefleisch, eingeschränkt hat und seitdem nun jede zweite ihrer insgesamt 24 Filialen in dem Land mit aus Österreich eingeführter Ware beliefert, wie der Präsident der tschechischen Landwirtschaftskammer, Jan Veleba, bei einer Kundgebung an der Grenze zu Österreich am 26. März erklärte. Die steigenden Nahrungsmittel-Importe gefährden die tschechischen Bauern. Von Jahr zu Jahr nehme die inländische Produktion von Agrarprodukten ab, während die Abhängigkeit der Landwirte von staatlichen Beihilfen steige. *pm*

Hauruck-Bio-Umstellung

Durch die niedersächsische Presse ging kürzlich die Meldung von einem 24jährigen Tierhalter aus Uelzen, dessen Sauen man unternährt und zum Teil schon tot auffand. In Sachsen-Anhalt, etwa 100 km entfernt, hatte der junge Mann seit kurzem zusätzlich einen 120-Sauen-Stall betrieben: Besonders prekär, dass es sich dabei um einen kürzlich umgestellten Bio-Betrieb handelte. Dem durchaus bio-bewegten und tierschutzorientierten Jungbauern war die Betreuung beider Ställe mit den täglichen Fahrten physisch und psychisch und auch finanziell absolut zuviel geworden. Deshalb muss man die Konsequenz aus diesem spektakulären Fall auf die Frage zuspitzen: Wie viel Mehr an echter Umstellungskontrolle und vor allem Umstellungshilfe muss der hier verantwortliche große Verband künftig leisten, gerade angesichts der hohen Nachfrage-Chancen für Biofleisch? *en*

Salmonellen in Agrarfabriken

Vor allem deutsche Geflügel-Großbetriebe sind offenbar Brutstätten von Krankheitsregern. Eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) ergab in fast jedem dritten Legehennen- und in jedem sechsten Hähnchenbetrieb eine Belastung mit Salmonellen. Bei den Legehennen waren Großbetriebe mit mehr als 30.000 Tieren mit über 60 Prozent überproportional belastet. *pm*

Frankreich Nettoimporteur bei Rindfleisch

Frankreich importiert deutlich mehr Rindfleisch als es exportiert. Exporten in Höhe von 26.000 t standen im Jahr 2006 gestiegene Importe von 319.000 t gegenüber. Ein Großteil davon kam aus Deutschland. Wie die ZMP berichtet, ging fast ein Fünftel der deutschen Produktion von frischem Rind- und Kalbfleisch nach Frankreich. Anders sieht die Situation beim Handel mit lebenden Tieren aus: Frankreich führte 2006 rund 1,44 Millionen Rinder und Kälber aus, vor allem nach Italien. *pm*

Nestlé kritisiert Landwirtschaft

Die Landwirtschaft sei der größte Wasserverschwender, sagte jetzt Nestlé-Vorstand Peter Brabeck-Letmathe gegenüber der Wochenzeitung *Zeit*. Landwirte würden nicht genügend in wassersparende Beregnungstechnik investieren, weil Wasser viel zu billig sei. Den Ausführungen des Nestlé-Vorstands zu Folge sei die globale Wasserkrise noch bedrohlicher als der Klimawandel. Dass Wasser ein gutes Geschäft ist, hat das Unternehmen schon früh entdeckt. Als Marktführer hat Nestlé vor allem in Asien große Summen für den Kauf von lokalen Flaschenwasseranbietern in bevölkerungsreichen und wirtschaftlich aufstrebenden Ländern wie Indonesien und China investiert. Gemeinsam mit Danone, Coca-Cola und Pepsi bestimmt Nestlé ein Drittel des globalen Flaschenwassermarktes. *mn*

Kurzes am Rande

Umstellung und Verarbeitung fördern

Verarbeitung ökologischer Erzeugnisse war Thema beim Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow

Das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern hat im Rahmen einer Fachtagung acht Forderungen an die Landesregierung zur Entwicklung des ökologischen Landbaus und der ökologischen Verarbeitung in dem Bundesland vorgelegt. Zentrale Forderungen sind die Förderung von landwirtschaftlichen Bio-Betrieben mit handwerklicher Verarbeitung und kleinen bzw. mittleren gewerblichen Verarbeitungsbetrieben aus dem Landesprogramm, das maßgeblich von der EU kofinanziert wird (ELER), sowie die Erhöhung der Umstellungs- und der Beibehaltungsprämie auf mindestens 210 bzw. 165 Euro je Hektar.

Zu der Tagung hatte das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern Ende März nach Güstrow eingeladen. Die Tagung hatte den Titel „Verarbeitung ökologischer Erzeugnisse in Mecklenburg-Vorpommern: schonend und naturbelassen, für mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum“. Über 100 Landwirte und Interessierte kamen am Vormittag über die aktuelle Situation der ökologischen Lebensmittelwirtschaft in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern ins Gespräch und diskutierten die



Rund 100 Teilnehmer kamen nach Güstrow

neuen Anforderungen des europäischen Hygienerechts und die Fördermöglichkeiten für ökologische Verarbeitungsbetriebe.

Zweigeteilte Entwicklung

In Mecklenburg-Vorpommern hat der ökologische Landbau einen relativ hohen Flächenanteil von 8,5 Prozent. Durch die einseitigen Flächen- bzw. Tierprämien entwickelten sich bisher einerseits flächenstarke ökologische Marktfrucht-Betriebe und Bio-Betriebe mit relativ großen Tierbeständen und andererseits kleine und mittlere Bio-Höfe. Die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen blieben deutlich hinter der rasanten Entwicklung der ökologischen Erzeugung zurück. Die Einstellung der Umstellungsförderung für Neueinsteiger zeigte schon im Jahre 2004 und erst recht im Jahre 2006, dass die deutlichen Signale des Bio-Marktes im Landwirtschaftsministerium nicht erkannt bzw. ignoriert wurden. Die ab 2007 vorgesehenen Kürzungen bei der Umstellungsförderung von bisher 210 auf 135 Euro und bei der Beibehaltungsförderung von 165 auf 135 Euro sind unattraktiv als Anreiz und zu gering als Ausgleich für die Umstellung auf ökologischen Landbau, so ein Fazit der Tagungsbeiträge.

Am Nachmittag präsentierten sieben erfolgreiche ökologischen Verarbeitungsbetriebe aus Mecklenburg-Vorpommern ihre Verarbeitungs- bzw. Betriebskonzepte und nicht zuletzt auch ihre Produkte.

Dr. Burkhard Roloff (BUND)

Die Redebeiträge und Forderungen stehen im Internet unter: www.bund.net/mv (unter BUNDthemen- „Agrarbündnis“)

Mehr Biodiesel, weniger Biogas

Forderungen des Raiffeisenverbands an den Bund

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Beimischungsquote von Biodiesel zum Diesel an der Tankstelle zu erhöhen. Die dem DRV angeschlossenen Genossenschaften betreiben mittlerweile ein Netz von über 700 Biodiesel-Tankstellen, zudem verdienen sie am Handel mit Raps, dem Rohstoff für Biodiesel. Durch die schrittweise Aufhebung der Steuerbefreiung für reinen Biodiesel und den in den letzten Monaten relativ niedrigen Mineralölpreis ist die Wirtschaftlichkeit von Biodiesel stark gesunken. Nach Angaben der Biodiesel-Wirtschaft hat die Beimischungs-pflicht von Biodiesel diesen Einbruch nicht auffangen können. DRV-Präsident Nüssel

hat in Berlin nun höhere Beimischungsquoten gefordert.

Anders als bei Biodiesel können die Genossenschaften bei Biogas kaum ein Geschäft machen, das machen die Bauern unter sich aus. Der DRV betont hier eine wachsende Flächen-Konkurrenz zu Veredlungsbetrieben, was die Kosten der Fleischerzeugung, also des Rohstoffs für die Schlacht-Genossenschaften, erhöht. Der DRV fordert daher Korrekturen am Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das die Vergütung des Biogasstroms regelt. „Hier drohen strukturelle Verwerfungen und gegebenenfalls nachteilige Umweltwirkungen, so dass der Gesetzgeber bei der Überprüfung des EEG korrigierend eingreifen sollte“, so Nüssel. *uj*

Bei Biogas mehr als Strom verkaufen

Dezentrale Wärmenutzung hat Zukunft. Praxisbeispiele von der NRW-Biogastagung

„Das größte Potenzial bei den erneuerbaren Energien besitzt die Biomasse“, so der nordrhein-westfälische Kammerpräsident Johannes Fritzen bei seiner Eröffnungsrede zur Biogastagung 2007 im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse. Die Tagung stand unter dem Motto: Biogas vollständig verwerten – Trends und Technik. Seit der ersten Biogastagung 1997 sei die Wissenschaft viel weiter, gab Karsten Block vom Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW zu bedenken, nun gelte es, das Letzte an Effizienz herauszukitzeln. Groß war das Interesse der



Eigene Biogasleitung zum dezentralen BHKW

Landwirte, die zahlreich aus Westfalen wie auch dem Rheinland gekommen waren. Neben der aktuellen Diskussion um die Überprüfung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), der Optimierung der Vergärung und Gras als Gärsubstrat wurde der Weiterverwertung von Biogas besondere Beachtung geschenkt. Neben Alternativen zur Verstromung wie Biogas als Kraftstoff (Wendländer Biogas-Tankstelle, siehe Bauernstimme Juni 2006) oder Einspeisung ins Erdgasnetz waren besonders die Praxisbeispiele zur Wärmenutzung interessant.

Dezentrales BHKW liefert Wärme

Vorgestellt wurde die Biogasanlage Steinfurt-Hollich mit einem dezentralen BHKW am Kreishaus in Steinfurt, das 2005 ans Netz ging. Der Kreis Steinfurt förderte schon vor dem EEG von 2004 die Biogaserzeugung aus Klimaschutzgründen im Rahmen der lokalen Agenda 21 und will über Gemeinschaftsanlagen möglichst viele Landwirte an Biogas beteiligen. Wie Sven Nefigmann, Geschäftsführer der BioEnergie Steinfurt, erklärte, gehören zu der GmbH & Co KG 46 Landwirte als Roh-

stofflieferanten mit festen Lieferkontingenten. Die Energie wird zu über 70 Prozent aus Energiepflanzen gewonnen. Täglich wird die Anlage mit 30 t Maissilage, 3 t Mist, 5 bis 15 t Schweinegülle, 5 bis 15 t Rindergülle und 10 t Ganzpflanzensilage gefüttert. Die Energiepflanzen werden aus einem Umkreis von 3,6 bis max. 8 km Entfernung angefahren und kommen zu fast 80 Prozent von Stilllegungsflächen. Gärreste werden von den Landwirten zurückgenommen und als Wirtschaftsdünger eingesetzt. Für die Lagerung der Silage ist eine Fläche von 3.500 m² befestigt. Im Gasspeicher können 1.500 m³ Biogas gelagert werden. An die Biogasanlage angeschlossen ist ein BHKW mit einer elektrischen Leistung von 347 kW und einer Wärmeleistung von ca. 390 kW.

Besonderheit der Anlage ist, dass ein Teil des Biogas aufbereitet, d. h. getrocknet und verdichtet wird, und über eine eigens verlegte Biogasleitung in das 3,6 km entfernte BHKW am Kreishaus in Steinfurt geht. Dieses hat eine elektrische Leistung von 536 kW und eine Wärmeleistung von ca. 500 kW. Mit der anfallenden Wärme werden die Verwaltungsgebäude des Kreises beheizt. Geplant ist, künftig weitere öffent-

liche Gebäude sowie das Schwimmbad an das Nahwärmenetz in Steinfurt anzuschließen. Dabei treten die an der BioEnergie Steinfurt beteiligten Landwirte als Contractoren auf. Das heißt, sie haben die Finanzierung der Biogasleitung und des BHKWs geleistet und sind verantwortlich für die Wärmeversorgung der angeschlossenen Gebäude. Geliefert wird Wärme, nicht Biogas. Für die Anlage in Steinfurt-Hollich wurde eine Investition von ca. 3,4 Mio. Euro getätigt.

Wärmeüberschuss im Sommer

Generell muss für die Wärmelieferung von Biogasanlagen aus der Kraft-Wärme-Kopplung im BHKW festgestellt werden, dass im Sommer stets mehr Wärme zur Verfügung steht, weil weniger Wärme von der Biogasanlage selbst gebraucht wird, um den Fermenter auf Temperatur zu halten. Wenn nun wie in Steinfurt Gebäude mit der Wärme beheizt werden, nehmen diese im Sommer natürlich auch weniger Wärme ab, so dass ein Überschuss entsteht. Anders sieht es bei der sogenannten Prozessenergie aus. So bezieht z. B. die Molkerei in Gronau-Epe warmes Wasser

für die Spülung rund ums Jahr von einer Biogasanlage.

Steigende Heizkosten Anlass für Anlage

Steigende Heizkosten waren für die Gangelter Einrichtungen bei Aachen, in denen 500 Menschen betreut werden, der Anlass, eine Biogasanlage mit Nahwärmenetz zu errichten. Diese ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Zu der Betreibergesellschaft gehören neben der betriebseigenen Landwirtschaft zwölf Landwirte vor Ort. Wie Wirtschaftsleiter Stefan Erfurth erläuterte, soll die Biogasanlage im Jahr mit 4.500 t Rindergülle und 8.500 t Mais, also der Ernte von 170 ha, versorgt werden und 4,4 Mio. kWh Strom sowie 3,8 Mio. kWh Wärme liefern. Die installierte elektrische Leistung von 800 kW darf wegen Widerstand aus der Gemeinde zur Zeit nur bis 500 kW ausgenutzt werden. Sobald der Strompreis über 18 ct je kWh steigt, werden die Gangelter Einrichtungen auch den Strom aus ihrer Biogasanlage nutzen und nicht mehr ins Netz speisen.

Kleine Anlagen auf Güllebasis stärker fördern

Den Trend zu großen Anlagen, d. h. 500 kW im Durchschnitt, sahen viele Referenten auf Haus Düsse kritisch. Hendrik Becker, Geschäftsführer der Firma PlanET, äußerte die Ansicht, dass auch 100-kW-Anlagen auf landwirtschaftlichen Betrieben sinnvoll sein sollten.

Ein großes Potenzial, Biogas ohne Bedarf an zusätzlichen Flächen für Energiepflanzen zu erzeugen, sah Thomas Forstreuther vom Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband in kleinen landwirtschaftlichen Biogasanlagen auf Basis von Gülle. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müsste Biogas aus Gülle im EEG aber bevorzugt gefördert werden, denn die Energieausbeute ist bei Gülle geringer als z. B. bei Maissilage.

we

Alle Vorträge im Internet unter www.duessel.de/znr/veranstaltungen/biogastagung_2007r.htm



Biogasanlage Steinfurt-Hollich

Tagungsband: Energie aus Biomasse

Unter dem Motto: Energie aus Biomasse – weltwirtschaftliche, ressourcenökonomische und produktionstechnische Perspektiven fand im vergangenen Oktober eine Fachtagung des Dachverbandes Agrarforschung statt. Im jetzt erschienenen Tagungsband sind die Vorträge der Redner zusammengefasst. Viele Bereiche der aktuellen Diskussion werden angeschnitten. Die Artikel sind in die Kapitel: Rahmenbedingungen der Energieerzeugung aus Biomasse, Perspektiven der Pflanzenproduktion, Energiekonversion durch Verbrennung/Technologie für Wärme und Stromerzeugung, Energieträger Biogas und Energieträger Biokraftstoffe untergliedert. Die einzelnen Beiträge liefern viele Hintergrundinformationen und Details. Die verschiedenen Verfahren wie Gaseinspeisung ins Erdgasnetz, thermische Verwertung, klimapolitische Aspekte, umweltverträgliche Produktion usw. werden ausführlich beschrieben. Erfreulich ist, dass eine abschließende Bewertung der einzelnen Verfahren in der Regel unterbleibt.

„Energie aus Biomasse“ weltwirtschaftliche, ressourcenökonomische und produktionstechnische Perspektiven (Agrarspektrum Band 40) Dachverband Agrarforschung (aus der Reihe „Agrarspektrum“)

190 Seiten, Auflage 2007
DLG-Verlag GmbH Tel
069/24 788-451 ISBN: 978-3-7690-5038-1, Euro 19,90

Fotos: EnergieAgentur.NRW

Wachsen oder weichen ist nicht mehr die einzige Alternative für die Landwirtschaft. Im Rahmen einer Studie in der Region Hohenlohe wurde auf landwirtschaftlichen Höfen, die neue Wege gehen, die Entwicklung der Arbeitsplätze untersucht. Dabei kam Erstaunliches heraus. Katrin Seifert und Andrea Fink-Keßler berichten



Ein Beispiel eines neuen Betriebszweiges in der Region ist die „Kleine Schweineschule“ von Kerstin Gronbach. Sie bietet Schülern und Jugendlichen an, auf dem Hof aktiv einzelne Bereiche der Landwirtschaft zu erkunden. Fotos: WFG Schäbisch Hall

Käse und Wurst bringen Arbeit aufs Land

Hohenlohe – im Norden Baden-Württembergs – ist eine vielseitige und aktive Region. Ländlich-bäuerlich geprägt, und doch boomen seit Jahren Gewerbe und Dienstleistungen. Es herrscht Vollbeschäftigung, und damit locken auch lukrative außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze. Dennoch haben sich viele Bauernfamilien dazu entschlossen, nicht die Hoftore zu schließen, sondern neue Wege zu gehen und mit ihrem Hof in die Zukunft zu investieren. Fast in jeder Gemeinde der beiden Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis fand sich so eine Familie. Sie betreibt Direktvermarktung und bzw. oder verarbeitet am Hof erzeugte Produkte selbst, sie bietet Urlaub auf dem Bauernhof, Kindergeburtstage im Kuhstall oder andere landwirtschaftsnahe Dienstleistungen an, oder sie betreibt eine Biogasanlage und verschafft sich damit ein zweites betriebliches Standbein.

Neue Arbeitsplätze entstehen

Persönlich befragt wurden 66 der 282 ermittelbaren sog. diversifizierten Be-



Die Direktvermarktung ist nur ein Bereich neuer Wertschöpfung auf den Höfen.

triebe in den Jahren 2005 und 2006. Die überwiegende Mehrheit dieser Betriebe wirtschaftet im Haupterwerb, 39 Prozent wirtschaften ökologisch. Besonderes Augenmerk galt jedoch der Entwicklung von Beschäftigung auf den Betrieben. Das Ergebnis war überraschend: Mit ihren Zusatztätigkeiten ergänzen die Höfe ihren klassischen landwirtschaftlichen Betriebszweig und haben über die letzten zwölf Jahre (1994 bis 2006) einen durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von 2,46 auf 3 Arbeitskräfteeinheiten pro Betrieb erzielt. Zum Vergleich: In baden-württembergischen Betrieben stieg der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz von 1 auf 1,2 AK. Aufsummiert über alle Familienarbeitskräfte, 400-Euro-Jobs, Stunden-Aushilfen, Teilzeitstellen mit 50 bis 80 Prozent Umfang wurden auf allen 66 näher untersuchten Betrieben in diesen Jahren 36 neue Stellen (umgerechnet auf Vollzeitstellen) geschaffen. Davon konnten 160 Personen zusätzlich in der Region von den Aktivitäten der bäuerlichen Familien profitieren.

Bei knapp einem Drittel der Betriebe wurden überdurchschnittlich viele neue Arbeitsplätze mit Beschäftigung familienfremder Personen geschaffen (Anstieg 2,2 AK pro Betrieb auf 4,3 AB). Im großen Mittelfeld liegen die 44 Prozent der Betriebe, die Arbeit erhalten oder nur langsam ausgebaut haben. Bei allen Betrieben besteht aber die Tendenz, sich Aushilfskräfte aus der Region zu holen. Bei knapp einem weiteren Drittel hat die Arbeit abgenommen, meist als Folge des Ausscheidens der älteren Generation. Das macht deutlich, dass Arbeit auf den Höfen nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung folgt, sondern vor allem mit der Generatio-

nenfolge zu tun hat. Dabei gibt es nicht nur das bekannte Phänomen, dass im Zuge des Generationswechsels Arbeit abgebaut wird, auch andersherum wirkt sich der Wechsel oft aus: Ideen der übernehmenden Generation werden umgesetzt und führen zu mehr Arbeitsplätzen auf dem Betrieb (siehe unten).

Positive Einkommensentwicklung

Zwei Drittel der befragten Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen bewerteten die Diversifizierung ihrer Landwirtschaft als wirtschaftlich erfolgreich und sehen darin einen positiven Gegenpol zum bisher steten Preisverfall in der landwirtschaftlichen Urproduktion. Sorgen um die Hofnachfolge kennen daher die we-

nigsten der untersuchten Betriebe. Vielfach haben sich die landwirtschaftlichen Familienbetriebe sogar zu kleinen „Holdings“ entwickelt, unter deren Dach zahlreiche Familienmitglieder Einkommen und Arbeit finden. Zudem strahlt die positive Entwicklung der Höfe in die ganze Region aus, denn Zulieferer, Handwerker und auch Abnehmer erhalten zusätzliche Aufträge.

Das sind die knappen Zahlen. Dahinter verbergen sich zahlreiche sehr individuelle Geschichten, wie folgender Bericht zeigt.

*Katrin Seifert (Euronatur, Rheinbach),
Andrea Fink-Keßler (Büro für Agrar- und Regionalentwicklung Kassel)*

Vom Hof zur Familienholding

Auf den Höfen passiert weit mehr als Rohstoff-Erzeugung.
Das Neue wächst in neuen Strukturen

Mit der Übernahme des Hofes von den Eltern hat Familie Schneider (alle Namen geändert) Mitte der 1980er-Jahre mit der Direktvermarktung begonnen – zunächst wurde nur das eigene Getreide an Bäcker und Mühlen geliefert. Zwei Jahre später kam eine Biogasanlage dazu, die den Hof bis heute mit Energie versorgt und inzwischen sogar geringe Erträge über die Einspeisevergütung bringt. Anfang der 1990er Jahre wurden die Erfahrungen aus der Direktvermarktung des Getreides für den Aufbau eines kleinen Hofladens genutzt, der sich seither prächtig entwickelt.

Ein Drittel der eigenen erzeugten Milch wird im Hofladen verkauft – als Frisch-

milch oder zu Käse verarbeitet. Hinzu kommen Fleisch und Wurst der eigenen Tiere, eigener Fruchtsaft, Kartoffeln und Mehl und zusätzlich ein umfangreiches Naturkostsortiment. Seit 2005 gehen Schneiders noch zweimal in der Woche auf einen lokalen Markt und überlegen, das Sortiment um selbst gebackenes Brot zu erweitern. Dieser Schritt wird aber erst gegangen, wenn, wie vorgesehen, in den nächsten Jahren die beiden Kinder auf dem Hof mit einsteigen. Denn beide sehen dort ihre Zukunft und wollen durch neue gewerbliche Aktivitäten unter dem Dach des Familienbetriebs den Betrieb ergänzen und fortführen.

Fortsetzung auf Seite 13 ►

Fortsetzung von Seite 12 ►

Generationenwechsel als Antrieb

Das Nachrücken der jungen Generation kann aber auch zu grundlegenden Veränderungen auf dem Hof führen. So hat ein junger Landwirt den konventionell geführten elterlichen Betrieb von der Schweinmast auf ökologisch erzeugtes Gemüse umgestellt und vertreibt direkt, ergänzt durch das Angebot eines benachbarten Gemüsebetriebs. Ein anderer hat seinen eher kleinen Milchviehbetrieb um die Produktion von Chicoree ergänzt und kann sich – zu seiner eigenen Überraschung – vor Nachfrage nach dem Gemüse und vor Interesse an Hofbesichtigungen kaum retten. Auch er vermarktet direkt an Endkunden und zusätzlich über den lokalen Einzelhandel.

Der Generationswechsel erforderte auch bei den untersuchten Obst- und Weinbaubetriebe deutliche Entscheidungen: Eigenes Keltern und Direktvertrieb von Wein oder Saft war der Weg der Größeren unter ihnen. Ein kleiner Obstbetrieb hat hingegen eine ganz eigene Lösung gefunden und bietet jetzt in seinem Hofladen zusätzlich zum eigenen Saft und Obst äußerst leckere Fruchtsaft(gummi)bärchen an. Auch er freut sich über die stetig steigende Nachfrage.

Hohenlohe ist eine Region, in der sich zahlreiche Pioniere des Ökolandbaus niedergelassen haben. Und viele von ihnen sind auch Pioniere, wenn es um Weiterverarbeitung und Direktvermarktung geht. Und auch hier stellen sich beim Generationenwechsel immer wieder die gleichen Fragen: Neue Betriebszweige hinzunehmen, alte erweitern oder sich spezialisieren?

Neues wagen – Existenzgründer

Zum Teil geplant, zum Teil „irgendwie rein gerutscht“ findet sich auch eine beachtliche Zahl landwirtschaftlicher Neulinge in Hohenlohe. Aus der Liebe zu Schafen oder Ziegen wird ein eigener Betrieb, der sich über die Jahre zu einem Hof mit 100, 200 oder gar 600 Tieren mausert; der das Fleisch der Tiere erfolgreich vermarktet; der die Schaf- oder Ziegenmilch weiter verarbeitet. Schusters zum Beispiel könnten gut und gerne noch einmal 50 Schafe mehr halten, um die wachsende Nachfrage auf den lokalen Märkten nach Fleisch und Wurst zu befriedigen. Ähnlich geht es Schäfers, die nicht immer genügend Ziegenfleisch und -käse bereitstellen können, um die Wünsche der Kunden in den größeren Städten der Region zu erfüllen. Und auch diejenigen, die an den Großhandel liefern, müssen sich immer wieder fragen, ob und wie sie weiter wachsen wollen. Mit ihren Nischenprodukten haben diese

Neulinge Erfolg und Zukunft, und einige konnten ihre Landwirtschaft sogar vom Nebenerwerb in eine Haupterwerbsform bringen.

Vielfalt und Gemeinsamkeiten

So verschieden die untersuchten Betriebe sind, so sehr ähneln sich bei der Mehrzahl der Betriebe das Engagement und der zuversichtliche Blick in die Zukunft der Betriebsleiter und ihrer Familien.

Gruppiert man die Betriebe nach der Art ihrer Diversifizierung, so zeigt sich, dass diejenigen Betriebe, die ihre Produkte wie Milch, Getreide, Fleisch selbst verarbeiten und verkaufen, in der Mehrzahl zufrieden bis sehr zufrieden mit der Entwicklung ihres Hofes sind. 29 der 34 Betriebe dieser Gruppe beurteilten ihre wirtschaftliche Situation als gut. Hohe Beschäftigungseffekte hatte vor allem die Milchverarbeitung zu Käse, Eis oder Frischmilch im Lieferdienst. Ähnliches gilt für die Direktvermarkter von Fleisch und Wurst. Über beiden Gruppen aber hängt derzeit das Damoklesschwert der seit 1.1.2007 erforderlichen hygienerechtlichen EU-Zulassung und zu Recht befürchten sie, dass erhebliche Investitionen auf sie zukommen werden.

Direktvermarktung kein Selbstläufer

Bei den Direktvermarktern sieht das Bild etwas anders aus. Hier war nur knapp ein Drittel der reinen Direktvermarkter mit der Betriebs- und Einkommensentwicklung dieses Betriebszweiges wirklich zufrieden. Das waren dann entweder die mit einem umfangreichen Sortiment oder jene mit attraktiven Nischenprodukten. Es reicht einfach nicht mehr aus, „nur“ Eier vom Bauernhof zu verkaufen, wenn der Discounter nebenan schon Bio-Eier zu Spottpreisen verkauft. Auch ist die Wertschöpfung oftmals einfach zu gering, um hierüber zusätzliche Arbeit zu schaffen.

Eher ein Zubrot als ein großartig lukrativer Betriebszweig scheinen die in kleinem Maßstab betriebenen Urlaubsangebote der Höfe zu sein. „Ein Taschengeld“ sagten viele Bäuerinnen, und nur aufgrund der vielen Montage-Arbeiter der gewerbereichen Region Hohenlohe erzielten sie dennoch eine akzeptable Auslastung ihrer Betten. Eine attraktive Einkommensquelle wird Urlaub auf dem Bauernhof erst, wenn neben mehreren Wohnungen und Zimmern der Hof oder die Umgebung noch verschiedene Freizeitangebote für die Gäste parat hält. Selbst das Angebot, im Stall mitmelken zu dürfen reicht nach ein paar Tagen nicht mehr als Attraktion.

Motiviert durch spezielle Landfrauen-Weiterbildungsprogramme und durch LEADER sind einige der befragten Bäuerinnen in den Dienstleistungsbereich eingestiegen. Frau Karl beispielsweise hat eine alte Scheune ausbauen lassen und bietet, mit wachsender Nachfrage, die Gestaltung von Kindergeburtstagen an. Frau Wiese will mit ihrem Bauerncafé und dem selbstgebackenen Brot und Kuchen in erster Linie den Hof so

Mehrheit der untersuchten Betriebe führt die speziellen Betriebszweige als GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts), und dies erfordert neben der getrennten Buchführung insgesamt ein modernes Management. Administration, Personalführung, Finanzplanung müssen gelernt und umgesetzt werden. Zum zweiten muss der Hof mit seinem Angebot eine Nische finden. Besondere Produkte und Dienstleistungen sind ge-



Um auf die Bedeutung der Diversifizierung für die landwirtschaftlichen Betriebe und die ländliche Entwicklung hinzuweisen, wurde die EU-Kommissarin Mariann Fischer-Boel nach Hohenlohe eingeladen. Ihre Reise durch die Region führte sie auch in die Dorfkäserei Geifertshofen. Foto: WFG Schwäbisch Hall

lebendig und attraktiv halten, dass möglichst mehr als nur eines ihrer vier Kinder später mit einsteigen möchte. Kein Problem, sagte der gerade auf dem Hof anwesende Älteste. Wir werden uns eher noch darum rangeln.

Zu einer weiteren Einkommensquelle haben sich in den letzten Jahren Biogasanlagen entwickelt. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben sich zu den alten Biogas-Pionieren der Region die großen Schweine- und Putenmäster gesellt. Energie als Einkommensquelle für die nächste Generation und als Ausgleich für sinkende Preise ist ihre Motivation, und sie erzielen aus der Energie erhebliche Anteile ihres Einkommens.

Gibt es Erfolgsfaktoren?

Vornweg: Untersucht wurden nur diejenigen Betriebe, die heute noch wirtschaften. Die Betriebe, die in dem überproportional starken Strukturwandel Hohenlohes der letzten Jahre ihre Hof-tore geschlossen haben, erscheinen in der Bilanz dieser Untersuchung nicht. Die Befragungen ergaben jedoch ein gewisses Bild für mögliche Faktoren, die den Erfolg der Mehrheit der Betriebe begünstigten:

Mehr als einst müssen Landwirte heute auch Unternehmer sein. Nicht nur der hohe allgemeine administrative Aufwand erfordert neue Fähigkeiten. Die

fragt, z. B. Lieferdienste oder eigene Erzeugung mit besonderen Qualitäten, da die Sensibilität für Qualität und Herkunft wächst und damit eine entsprechende Nachfrage.

Zum dritten liegen Chancen in der regionalen Kooperation. Sei es, dass der Einzelhandel lokale Produkte bewirbt und verkauft, dass ein Hofladen sein Sortiment mit Produkten von Kollegen erweitert, oder dass ein Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof Wurst, Käse, Honig oder Schnaps mit auf den Heimweg gibt.

Fazit

Die Studie hat gezeigt, dass, obwohl nur 4,5 Prozent der Mittel aus der zweiten Säule, die in den letzten zwölf Jahren in die Region geflossen sind, diesen Betriebsentwicklungswegen zugute kamen, beachtliche Einkommens- und Beschäftigungseffekten damit erreicht werden können. Künftig dürfte und sollte daher dieser qualitative Weg mindestens gleichrangig neben der Strategie der Produktionsausdehnung und Kostendegression stehen. Neben der finanziellen Ausstattung ist ein Punkt zudem nicht zu unterschätzen: Diese anderen Entwicklungswege für die Betriebe müssten viel stärker als bisher auch in der Beratung verankert werden.

Katrin Seifert, Andrea Fink-Keßler

Die Kraft der Regionen

In Überlingen am Bodensee haben Bauern, Metzger, Naturschützer und Verbraucher den Trend des Wachstums und der Abwanderung von Arbeitsplätzen einfach aufgehalten und in gemeinsamer Sache ihre Region gestärkt

Vogelgrippe in den USA

25.000 Stück Geflügel wurden in den USA Anfang April vorsorglich getötet, nachdem bei einer Routineuntersuchung ein schwach pathogener Vogelgrippe-Erreger vom Typ H5N2 nachgewiesen worden war. Der Betrieb liegt im Bundesstaat West Virginia, zitiert vetion.de eine Meldung des Internationalen Tierseuchenamts (OIE). Die Tiere hatten keine Krankheitsmerkmale, wurden aber dennoch vorsorglich getötet. *mn*

Regionale Qualitätserzeugung statt Wachstum und Konzentration. Nur eine Vision? Nicht in Überlingen am Bodensee. Hier haben sich engagierte Menschen zusammengetan und den kommunalen Schlachthof vor dem Aus bewahrt. Mit Erfolg. Jetzt ist der Schlachthof in einem neuen Gebäude, hält allen EU-Richtlinien stand und der Umsatz steigt stetig.

„In den 90ern war es Trend, die kommunalen Schlachthöfe zu schließen“, erzählt Anneliese Schmeh, Vorsitzende des AbL-Landesverbandes Baden-Württemberg und Bäuerin. Als es in Überlingen um die Zukunft des kommunalen Schlachthofes ging, vertrat der damalige Oberbürgermeister Reinhard Ebersbach sinngemäß folgenden Standpunkt: Wir haben genug Einkaufsmöglichkeiten für die Leut'. Die Stadtregierung war für die Schließung. Dieser Logik konnte sich eine Gruppe von engagierten Menschen nicht anschließen, allen voran Anneliese Schmeh und Hanne Auer vom BUND.

Initiative Überlingen“ (SIÜ) gegründet und den Schlachthof in der Innenstadt von Überlingen gepachtet und weiter betrieben. Damals hat die EU lange an der Änderung einer Hygiene-Richtlinie gearbeitet, die eine Sanierung alter Schlachthöfe erforderte. Deshalb konnten keine sinnvollen Pläne für die regionale Modernisierung geschmiedet werden. Bis zum Jahr 2000. Als die Pläne der EU auf dem Tisch lagen, legte die Schlachthof Initiative Überlingen los.

Der Plan war ein neuer Schlachthof. Denn die Innenstadtlage und das Gebäude des fast 100 Jahre alten Schlachthofes waren dauerhaft nicht optimal. Eine Sanierung wäre zu teuer geworden. Der Stein kam ins Rollen. Die Stadt Überlingen stellt der Initiative ein Gelände am Stadtrand zur Verfügung. Private Förderer, Sponsoren und Kommunen sagten ihre finanzielle Unterstützung zu. Damit waren fast 40 % (300.000 Euro) des knapp 800.000 Euro teuren Projektes gesichert.

Die Initiative brachte einen Eigenanteil von fast 200.000 Euro auf. Bund und Land steuerten aus dem Förderprogramm der Zweiten Säule zur Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte ebenfalls knapp 200.000 Euro bei. Mit einem Darlehen und viel Eigenleistung in Form von Mitarbeit auf der Baustelle wurde die Restsumme aufgebracht. Die Finanzierung war komplett.

Mitte 2006 konnte die neue Schlachtstätte in Betrieb genommen werden. Zweimal in der Woche ist Schlachttag. Dann bilden die Metzger und ihre Mitarbeiter eine Schlachtgruppe.

Metzger arbeiten jetzt im Team

„Früher im alten Schlachthaus hat jeder für sich geschlachtet“, sagt Fridolin Zugmantel, Metzger aus Überlingen und Geschäftsführer im neuen Schlachthof. „Jetzt arbeiten wir im Team.“ Aus der ehemaligen Konkurrenz der Metzger ist ein Teamgedanke geworden, denn die eigentliche Konkurrenz sind nun die großen Schlachthöfe und die Billiganbieter des Einzelhandels.

Der Umsatz des neuen Schlachthofes hat sich im vergangenen Jahr um 40 Prozent gesteigert. Heute werden in der Woche 12 Rinder und 70 bis 80 Schweine geschlachtet, alle Tiere aus dem Umkreis bis zu 25 Kilometer, und regional vermarktet. Zugmantel sieht auch zuversichtlich der Zukunft entgegen und glaubt, dass noch

weitere regionale Metzgereien in Zukunft den Schlachthof benutzen werden. Denn aufgrund der neuen EU-Verordnung müssen auch sie ihre eigenen Schlachtstätten komplett sanieren. Für viele wird sich diese Investition finanziell nicht lohnen.

Dass die Metzgereien weiterhin in der Region schlachten können, erhält viele Arbeitsplätze. Fridolin Zugmantel rechnet ein bis zwei Arbeitsplätze je Metzgerei. Für die Tiere bedeutet der regionale Schlachthof einerseits, dass die Transportstrecken zum Schlachthof relativ kurz sind. Andererseits ist auch das Schlachtverfahren artgerechter. In großen Schlachthöfen werden Schlächterkolonnen nach Akkord bezahlt. Zugmantel schätzt die Schlachtatmosphäre in Überlingen als wesentlich ruhiger ein.

Die Bauern bekommen für ihre Ware mehr Geld. Der Auszahlungspreis liegt 15 bis 20 Prozent je Kilogramm Schlachtgewicht über dem Durchschnitt. Das war auch eine Voraussetzung für den Erhalt der Fördersumme von der EU. Und die Verbraucher können leicht nachvollziehen, woher ihre Ware kommt und sind bereit, dafür auch mehr Geld auf den Tisch zu legen.

Aber nicht nur die Qualität der Ware wird damit bezahlt, sondern noch viel mehr: „Wir möchten die heimische Landwirtschaft hier unterstützen, die Kulturlandschaft und das Metzgerhandwerk erhalten“, fasst Zugmantel die Vorteile der Regionalität zusammen.

Fazit

Diese Initiative zeigt vielerlei. Die Verbraucher wollen gar nicht die billigsten Produkte, wie vor allem der konzentrierte Einzelhandel immer wieder behauptet. Qualität und Regionalität lassen sich vermitteln und vermarkten. „Würden die Metzger ihr Fleisch von Großschlächtereien beziehen, dann kann man den Kunden doch nicht mehr erklären, warum sie einen höheren Preis zahlen sollen, als in dem Discounter nebenan“, sagt Anneliese Schmeh. Das Projekt zeigt außerdem, welche Potentiale in den Menschen und in den Regionen steckt. Es lohnt sich diese zu bündeln und zu mobilisieren. Anneliese Schmeh würde sagen: „Es ist wichtiger die Bevölkerung hinter sich zu wissen, als auf die Politik zu setzen.“



Anneliese Schmeh und Fridolin Zugmantel im neuen Schlachthof
Foto: Thomsen

In nur vier Wochen trafen sie sich mit den lokalen Politikern, besuchten den Gemeinderat und stellten immer wieder dar, was die Schließung des Schlachthofes für die Region bedeutet. Gleichzeitig begannen sie mit einer Unterschriftenaktion. Binnen einer Woche hatten sie 1.500 Unterschriften zusammen. Anneliese Schmeh und Hanne Auer nahmen Kontakt zu den Metzgern auf und holten die auch noch ins Boot. „Das war für die damalige Zeit ein Novum, dass Bauern, Naturschützer und Metzger zusammengearbeitet haben“, sagt Anneliese Schmeh. Aber eben diese Vernetzung war wichtig, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und die Ansichten über die Medien nach außen zu tragen. Dann kam der erste Durchbruch. Die Stadt musste sich dem öffentlichen Druck beugen und beantragte die Verlängerung für eine Betriebsgenehmigung des Schlachthofes.

Aktionsbündnis Schlachthof Überlingen

Wie ging es weiter? Im Jahr 1992 hat sich aus dem Aktionsbündnis die „Schlachthof

Liebeslied an Linda

Kartoffel des Jahres 2007

Sie ist Zeitzeugin für die Auseinandersetzung darum, wer bestimmt, was die Bauern auf ihren Äckern pflanzen und was den Verbrauchern auf den Teller kommt“, so formuliert es AbL-Geschäftsführer Georg Janßen, „außerdem schmeckt sie toll.“ Gemeint ist wieder einmal Linda, da war sie gerade zur Kartoffel des Jahres 2007 gekürt worden. Jene Kartoffel, die längst Symbol einer breiten Bewegung geworden ist, die nicht nur eine politische, globalisierungskritische ist, sondern auch eine kulturelle, gesellschaftliche, geht es doch immerhin um so etwas elementares wie Essen. Lindas Krönung ist nicht nur eine Botschaft des guten Geschmacks, sondern auch politische Botschaft an diejenigen, die demnächst über ihre Neuzulassung durch das Bundessortenamt entscheiden. „Die Anbauer von Linda beschreiben sie positiv und können gut mit ihr arbeiten und leben, nur der Züchter kommt und sagt: ‚die ist zu schlecht für Euch‘, das ist der Skandal“, beschreibt Thomas Dosch, der für Bioland in der Kartoffelwahl-Jury saß, den Hintergrund. Solle doch der Markt, die Bauern und die Verbraucher, bestimmen, forderte er. Auch Walter Kress von Slow Food reklamiert die Freiheit des Saatgutes als

Grundrecht der Bauern und Verbraucher und fordert gleichzeitig einen anderen Umgang mit dem Lebensmittel Kartoffel. Ihr Stellenwert müsse weg von der reinen Sättigungsbeilage, so Kress. Dass die Auseinandersetzung um Linda auf diesem Feld schon ackert, konstatierte Lindafreundeskreis-Gründer Karsten Ellenberg. „Sie hat für alle Kartoffeln mitgekämpft.“ Trotzdem ließ Europlant-Geschäftsführer Jörg Renatus am Tag zuvor medial verkünden, das letzte Saatgut sei nun gepflanzt, Linda damit für sie gestorben. Das spricht nicht für seine ackerbaulichen Kenntnisse, schließlich

stirbt eine gepflanzte Kartoffel nicht, sondern wächst und bildet viele neue Knollen.

Minister zu Hause

Einer der sich als Lindas Mitstreiter hütten können auf der Präsentation der Kartoffel des Jahres im niedersächsischen Freilichtmuseum am Kiekeberg war der eingeladene Landeslandwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen. Nachdem er zunächst zugesagt hatte, machte er kurz vorher doch noch einen Rückzieher, da es schließlich ein schwebendes Verfahren gebe, in dem man sich nicht positionieren wolle. Er verpasste

nicht nur den politischen Fingerzeig, sondern auch ein linda-leckeres Buffet, schriftliche Glückwünsche von Veronica Ferres und Alfred Biolek sowie die Uraufführung eines Liebesliedes an die Königin der Knollen vom Bremer Bluesduo Behrens und Bonßdorf. Bleibt ihm neben seinen sicherlich bescheidenen Möglichkeiten, auf das Bundessortenamt Einfluss zu nehmen, noch die Möglichkeit, die allen offen steht: Die Entscheidung mit Messer und Gabel. Ganz konkret heißt das in den nächsten Wochen: den neuen Spargel mit einer gut abgelagerten, reifen Linda zu genießen.

cs



Die Jury (v.l.n.r.): Thomas Dosch (Bioland), Karsten Ellenberg (Kartoffel-Bauer und Züchter), Georg Janßen (AbL), Walter Kress (Slow Food e. V.), Moderation: Heike Götz vom NDR,

Flaschenhals statt Wespennest

Bundesministerium will Nachbaugesetz ändern – Aufbereiter als Informanten

Plötzlich und überraschend kam die Einladung aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium. Allerdings wohl nur für die AbL, schließlich heißt es auch im Einladungstext: „seit Längerem wird in den Fachkreisen die Nachbauregelung des Sortenschutzgesetzes diskutiert. Um die wesentlichen Kritikpunkte auszuräumen und die Zahl der unerfreulichen Rechtsstreitigkeiten zu verringern, haben wir die Absicht, das Sortenschutzgesetz zu ändern.“ Nun hielt man also bei Ministerium und Pflanzenzüchtern den Zeitpunkt für gekommen, die andere Seite der Betroffenen, die Bäuerinnen und Bauern mit an den Tisch zu bitten. Warum die AbL die Einladung bekam und nicht die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) bleibt Geheimnis des Ministeriums. Man traf sich auf – vermeintlich – neutralem Grund im Bundesministerium in Bonn, auch der Bauernverband, die Saatguttreuhand und Landhandelsvertreter waren dabei. Laut Einladung ist die Intention: „die Erhebung der Nachbaugebühr stark zu vereinfachen und damit den Interessen von Landwirten und Pflanzenzüchtern besser gerecht zu werden.“ Das klingt erst einmal nach Fairness, steigt man tiefer ein,

wird deutlich, dass das Ministerium nicht neutral in der Mitte steht. Das grundsätzliche Recht der Züchter auf Nachbaugebühren steht dort nicht in Frage. Und nun ist man auf der Suche nach einer reibungsloser abzuwickelnden Lösung, möglichst ohne Widerstandsmöglichkeiten am Besten sogar noch, ohne dass die Bäuerinnen und Bauern es überhaupt mitkriegen. Schließlich sehe man gerade eine „Gefährdung des Rechtsfriedens“ so der moderierende Referatsleiter Friedel Cramer. Später beklagte er noch die „kriminelle Energie“, mit der sich die Landwirte der Zahlung von Nachbaugebühren entziehen wollten. Reinhard Müller vom Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter beklagte ebenfalls, dass die Nachbauregelung nicht von den Landwirten getragen werde und die Zahl der Informations- und Gebührenverweigerer steige, während dies der Z-Saatgutabsatz nicht tue. Unzufriedenheit herrscht auch beim Landhandel bzw. den Aufbereitern. Henning Ehlers vom Raiffeisenverband beklagte einen zunehmenden Druck von Seiten der Bäuerinnen und Bauern auf die Aufbereiter, wenn es um die Weitergabe von Informationen an die Saatguttreuhand gehe. Dies lähme Geschäftsabläufe.

Flaschenhalslösung

In dieser Klagenlage ist die Position des AbL-Geschäftsführer Georg Janßen, der von neun Sprechern der IGN begleitet wurde, nicht gerade das, was der Rest hören will. Zurück zum Landwirtsprivileg ist out. Die Idee, die BMELV-Mann Cramer präsentierte, ist in. Statt die Informationen zum Nachbau über rund 90.000 Bäuerinnen und Bauern abzufragen und auf zahlreichen Widerstand zu stoßen, könne man doch einfach die 3.000 Saatgutaufbereiter – den Flaschenhals – dienstverpflichten, über ihre Kunden Auskunft zu geben. Raiffeisen-Chef Ehlers attestierte der Variante „einen gewissen Charme“, wollte aber – und da waren sich die Vertreter der Landhandelsverbände einig – eine wasserdichte Lösung, in der alle Schwierigkeiten ausgeräumt sind. Natürlich möchten sich die Aufbereiter bei so einer Lösung nicht den Zorn der Bäuerinnen und Bauern zuziehen, den jetzt die Saatguttreuhand trifft. Klaus Buschmeier, IGN-Sprecher und selber Aufbereiter, lehnte es sofort ab, sich zum Spitzel der Pflanzenzüchter machen zu lassen – er wäre sicher nicht der Einzige, käme nun tatsächlich so eine Gesetzesänderung auf den Tisch. Das Ministerium wird dran arbeiten.

cs

Klettern gegen Gentechnik

Mit der Besetzung eines Funkturms auf dem Gelände des AgroBio-Technikums in Groß Lüsewitz bei Rostock demonstrierten Gentechnikgegner am Freitag, dem 13. April, gegen die geplante Freisetzung von gentechnisch veränderten Kartoffeln. Freigesetzt werden sollen drei verschiedene Linien: eine Kartoffel, die einen Kaninchenimpfstoff produziert, eine Kartoffel, die einen humanen Choleraimpfstoff und eine Kartoffel, die einen Kunststoff produzieren soll. Besonders kritisch ist die Cholera-Kartoffel, bei der unter anderem das Bundesamt für Naturschutz die Giftigkeit für Menschen und Wildtiere beanstandete. mn

Raiffeisen und Koexistenz

Der Raiffeisen-Verband hat angekündigt, in Zukunft Mais, der in einem Isolationsabstand von mehr als 150 Metern Abstand von gentechnisch verändertem Mais angebaut wurde, ohne weitere Auflagen zur Verwendung in der Futtermittelproduktion aufzukaufen. Der Verband sieht in dem Isolationsabstand einen Einstieg in die Koexistenz, betont dessen Präsident Manfred Nüssel auf der Jahrespressekonferenz in Berlin. *mn*



GMO free Regions
Biodiversity and Rural Development
3rd European Conference
Brussels 19 - 20 April 2007

Raiffeisen gegen Kennzeichnung

Eine Kennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern lehnt der Raiffeisenverband ab. Für die Verbraucher ist die Kennzeichnung nach wie vor aber die einzige Möglichkeit, Wahlfreiheit zu gewährleisten. Ganz offensichtlich hat der Verband Sorge, dass gekennzeichnete Produkte nicht mehr gekauft würden. In der Folge wäre der Markt mit Genfutter, ein Standbein der Raiffeisen, vom Zusammenbruch bedroht. *mn*

Viel ist erreicht, aber noch nichts gewonnen

Dritte europäische Konferenz gentechnikfreier Regionen, Biodiversität und ländlicher Entwicklung

„Seit der letzten Konferenz im Januar 2006 ist die Anzahl der als gentechnikfrei erklärten Gebiete in der Europäischen Union beträchtlich gewachsen: Aus damals 174 gentechnikfreien Regionen sind heute 236 geworden; damals hatten sich 3.000 Landkreise, Städte und Gemeinden gentechnikfrei erklärt, ein Jahr später sind es bereits 4.200,“ sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EU Parlament und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Und weiter: „Dies zeigt den starken Willen der Menschen, sich der gezielten Invasion der Gentechnik zu widersetzen. Die Anti-Gentechnik-Bewegung ist die größte und ausdauerndste politi-

für die Saatgutgesetzgebung bestätigte. Derzeit erarbeitet die Kommission eine Durchführungsverordnung, die vor allem den Nachbau und Erhalt traditioneller Sorten regeln soll. Scharfe Kritik an dem Entwurf äußerte Hannes Lorenzen von den Grünen. Die Vorlage formuliere vor allem Grenzen. Der Erhalt alter Sorten habe nicht den Zweck, Grundlagen für die Biotechnologie bereitzustellen. Vielmehr müsse Saatgut in Zukunft frei verfügbar sein, betonte Benny Haerlin von Save our Seeds. Er beklagte den rapiden Verlust der Vielfalt: 75 Prozent seien in den vergangenen 50 bis 100 Jahren verloren gegangen. Stattdessen wird die Saatgutentwicklung zum Hochsicherheitsgeschäft einiger weniger Gentechnik-Unternehmen, bei dem keiner die Haftung für den Anbau und Nachweis der gentechnisch veränderten Sorten übernimmt. Das würde ein Ende des freien Saatguthandels bedeuten. Für einige große Konzerne ist ein solcher Ausschluss der Öffentlichkeit hoch interessant, für unsere Ernährungssouveränität eher schwierig.

Widerstand weltweit:

Von besonderem Interesse war der direkte Austausch zum Stand der Gesetze und des Widerstands gegen den Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts vor Ort.

Altes Europa

Oberösterreich setzt seit 2003 auf ein Komplett-Verbot von gentechnisch veränderten (GV)-Pflanzen und will damit sein Recht auf Selbstbestimmung der Regionen durchsetzen. Die EU-Kommission will dieses Komplett-Verbot aufheben. Der Revisionsprozess findet am 15. Mai 2007 statt.

Die Steiermark versteht sich als „Feinkostladen Österreichs“. Deshalb setzt die Steiermark auf strenge regionale Koexistenzgesetze. Grundlage ist der österreichische Kodex, der einen Schwellenwert von max. 0,1 % GVO für zufällige und unvermeidbare Kontaminationen festlegt. Um GVO anbauen zu dürfen, muss der Landwirt nachweislich eine Versicherung finden, die den potentiellen Schaden versichert.

Auch in Italien gibt es ein Moratorium gegen Gentechnik, solange die Koexistenzfrage auf regionaler Ebene nicht geregelt ist. Das italienische Saatgutmonitoring zeigt Wirkung: Die Kontaminationen werden weniger, liegen inzwischen meist unter 0,1 % GVO. Die italienische Zivilgesellschaft lehnt Gentechnik ab. Über 2.600 von 8.000 Kommunen verteidigen ihr Recht auf gentechnikfreie Lebensmittel. Auch der Vatikan lehnt Gentechnik ab.

In Wales haben sich im Jahr 2000 alle Parteien für eine restriktive Politik gegen

GVO ausgesprochen. 2001 sind Freisetzungsvorhaben aufgrund des Protests bei der Bevölkerung und der Landwirtschaft abgebrochen worden.

In Spanien wird GV-Mais angebaut, ohne dass staatliche Regelungen vorliegen. Viele ökologisch wirtschaftende Landwirte mussten ihre Ernten aufgrund von Kontaminationen, als Gentechnik-Ware vermarkten. Es gibt kein Standortregister und auch die Größenangaben zur Anbaufläche sind nicht eindeutig.

Neue Beitrittsländer

Bulgarien will zum Fruchtgarten-Lebensmittelkorb-Europas werden. Das neue EU-Mitglied sieht seine Chance im Ökolandbau, der zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber dennoch aufgrund seiner marktwirtschaftlichen Potentiale geschützt werden muss. Auch hinsichtlich der Artenvielfalt ist Bulgarien eines der reichsten Länder der Welt, die es zu erhalten gilt. Im Juni 2005 sind in Bulgarien restriktive Gentechnikgesetze erlassen worden, die zum einen das Vorsorgeprinzip berücksichtigen, eine unkontrollierte Ausbreitung soll verhindert werden. Eine der nächsten Prioritäten Bulgariens wird ein nationaler Ban von MON810 sein, hierzu gibt es einen Vorschlag, der aber noch in der Diskussion ist. Ziel ist es, den bulgarischen Markt zu schützen, den Obst- und Gemüsegarten mit vielen traditionellen Sorten reichhaltigen Geschmacks. In Bulgarien gibt es fünf gentechnikfreie Städte und Kommunen, sowie eine breite gesellschaftliche Ablehnung.

Ungarn hat seit 2005 ein nationales Verbot gegen den MON810 erhoben, da es keine Ergebnisse von Gesundheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen aus den ländlichen Regionen Ungarns, die einzigartig in Europa sind, gibt. Als bedeutender Maisexporteur will Ungarn seinen GVO-freien Markt nicht verlieren. Der Versuch der EU-Kommission, den nationalen Ban von MON810 aufzuheben, scheiterte an dem einstimmigen Beschluss aller fünf Parteien in Ungarn.

Wie umgehen mit der Gentechnik war eine der zentralen Fragen Polens beim Eintritt in die EU. In allen 16 Wojewodschaften ist der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bis auf weiteres verboten. Da gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden können, gilt es die Verbraucher zu schützen, so die polnische Regierung. Die Artenvielfalt in Polen ist hoch und ein wichtiges Gut. Außerdem wollen sie ihre traditionellen landwirtschaftlichen Produkte durch die Einführung von GVO nicht aufs Spiel setzen.

Russland

In Russland gibt es keine Kennzeichnungspflicht. Es kann jedoch freiwillig gekennzeichnet werden, wenn keine GVO in den Produkten enthalten sind. Die Stadtverwaltung Moskau hat in Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen GVO-Lebensmittel verboten. Ab ersten Juli übernimmt die Stadt alle Analysekosten auf GVO in Moskau und veröffentlicht die Ergebnisse im Internet. Zudem wird die Stadt Moskau Untersuchungen zu den GVO-Auswirkungen auf spätere Generationen durchführen und finanzieren.

Asien

In Japan gibt es seit Anfang 2005 eine Kampagne gegen GVOs. Verbraucherinitiativen arbeiten eng mit Bauern und Bäuerinnen zusammen. Auch gibt es erste gentechnikfreie Regionen. Sie beruhen auf freiwilligen Erklärungen der Landwirte, auf den Einsatz von Gentechnik zu verzichten. Verarbeitungsunternehmen und Politik sind klar gegen den GVO-Anbau. Allerdings gibt es keine Kennzeichnungsrichtlinie.

In Korea gibt es seit Juni 2006 die erste gentechnikfreie Region.

In Indien haben knapp 1.600 Dörfer beschlossen, dass sie gentechnikfrei bleiben wollen.

Amerika

In den USA ist seit dem Anbau von GVO kein einziges Gesetz zur Biotechnologie verabschiedet worden, alle geltenden Gesetze, die GVO berühren (Pflanzenschutzgesetz,

Umweltschutzgesetz), stammen aus den 70er-Jahren. Bis heute gibt es keine Kennzeichnungsbestimmungen. Ebenso fehlen klare Vorschriften, wann und wie die Lebensmittelbehörden Tests durchführen müssen. Vor den Bundesgerichtshöfen der USA gibt es zunehmend Prozesse gegen Anbau und Freisetzung von GVO. So wurde kürzlich der Anbau von GV-Alfa-Alfa mit der Begründung verboten, der hohe Einsatz von Pestiziden bedrohe die biologische Vielfalt und den konventionellen Anbau. In Columbia sind vom Landwirtschaftsministerium zugelassene GV-Freisetzungsversuche gestoppt worden, solange sie den Umweltgesetzen nicht genügen.

In den USA gibt es zwei gentechnikfreie Regionen: in Kalifornien und Neu England. Zwischen 7 und 25 weitere Staaten versuchen, ein GVO-Verbot auf Ebene der Bundesstaaten zu erwirken.

Afrika

In Äthiopien gibt es eine gentechnikfreie Region und weitere Initiativen. Äthiopien produziert eigenes Saatgut, angepasst an die kleinstrukturierte, regionale Landwirtschaft mit einer breiten Diversität. Auch alte Sorten werden erhalten. Zur Armutsbekämpfung in Afrika darf es keinen top-down Ansatz geben, Afrika muss seinen eigenen Lösungsweg finden. Eine Einführung von Gentechnik würde Afri-

kas Saatgutressourcen – Lebensgrundlage für afrikanische Bauern und die Bevölkerung – verseuchen. In der Hand weniger Konzerne bestückt mit Patentgebühren würden eigene Strukturen vernichtet. Für Afrika ist es eine große Herausforderung, den Widerstand gegen die Gentechnik bzw. gegen den Druck der Konzerne, Gentechnik einzuführen, aufrecht zu erhalten. Mitentscheidend ist auch, wie sich Europa zukünftig verhält. Um die gentechnikfreie Landwirtschaft zu schützen, hat sich ein Netzwerk gentechnikfreies Afrika gegründet.

Annemarie Volling
Marcus Nürnberger



BASF kann sich auf EU-Behörde verlassen

Der kommerzielle Anbau von GV-Stärkekartoffeln – und damit die erste europäische Anbaugenehmigung für eine gentechnisch veränderte Pflanze seit fast zehn Jahren – rückt näher: Wie nicht anders zu erwarten, hat die Europäische Behörde für Nahrungsmittelsicherheit EFSA ihr „OK“ zum kommerziellen Anbau der Amflora-Kartoffel von BASF gegeben. Das Verfahren war im Februar gestoppt worden, da die transgenen Kartoffeln mit einem Antibiotika-Resistenzgen gegen Kanamycin und Neomycin ausgestattet sind. In den BASF-Kartoffeln nur als Markierung der pflanzlichen Zellen, bei denen der Gentransfer geklappt hat, von Bedeutung, sorgen diese Art Gene auf dem Acker und bei möglichen weiteren Verwendungen der Kartoffeln für sorgenvolle Mienen. Durch Transfer der Resistenzgene auf Mikroorganismen kann das Problem antibiotikaresistenter Krankheitskeime zunehmen. Die Europäische Medikamentenbehörde EMA beschleunigte den Antibiotika Kanamycin und Neomycin wachsende Bedeutung in Tier- und Humanmedizin. Gleiches sagt auch die Weltgesundheitsorganisation. Das jedoch hat die EFSA nicht überzeugt. Nach

ihrer Meinung ist Amflora für Umwelt und Gesundheit nicht bedenklich. Die EU-Kommission muss nun entscheiden, ob sie den Antrag dem Ministerrat vorlegt. Sollte dieser dann keine qualifizierende Mehrheit zustande bringen, fällt die Entscheidung an die EU-Kommission zurück.

Dabei ist die Antibiotikaresistenz eine veraltete Methode. Dies zeigt ein Freisetzungsversuch, der am 19. April dieses Jahres vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) genehmigt wor-

den war. Mittlerweile setzt die BASF Herbizidresistenzen als Markierung der gentechnisch veränderten Pflanzenzellen ein. Über den parallel angemeldeten BASF-Freisetzungsversuch (150 Hektar) zur Vermehrung von Amflora-Saatkartoffeln an drei Standorten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist noch nicht entschieden. Das Land Brandenburg hat sich gegen die Vermehrung als Versuch ausgesprochen. Dies entspreche nicht der Intention des Gentechnikgesetzes. *Christof Potthof*

Gentechnik wird abgelehnt

Eine neue Umfrage des Marktforschungsunternehmens GfK zeigt die breite Ablehnung der Bundesbürger gegenüber Gentechnik. 40 Prozent der Befragten lehnen jede Form der Gentechnik ab. Dies gilt neben Lebensmitteln auch für Medizin, Pflanzenschutzmittel und Dinge des täglichen Bedarfs, wie Kosmetika oder Reinigungsmittel. Nach wie vor ist die Ablehnung von Gentechnik in Lebensmitteln am höchsten. Mit 74,9 Prozent lehnen zwei Drittel den Einsatz, die Forschung und Entwicklung gentechnisch veränderter Lebensmittel ab. Auf die Frage nach der Akzeptanz von Fleisch, Milch und Eiern von gentechnisch veränderten Tieren antworteten 85,5 Prozent, dass sie dies generell ablehnen. Viele Verbraucher sind mit der derzeit gültigen Kennzeichnungsverordnung nicht zufrieden. 72,4 Prozent sehen Verbesserungsbedarf oder empfinden die aktuellen Regelungen als nicht ausreichend. Deutlich weniger Ablehnung erfährt Gentechnik im Bereich der Düngemittel (3,4 %) und Pflanzenschutzproduktion (2,1 %) sowie Arzneimitteln (10,7 %).

mn

Raiffeisen: geringe Nachfrage

Seit 2006 Jahr produziert die Raiffeisen in mehreren Futtermittelwerken kennzeichnungsfreie Futtermittel. Allerdings beklagt sich der Verband über die schlechte Nachfrage „Das aktuell verfügbare Angebot kennzeichnungsfreier Mischfuttermittel wird nicht ausgeschöpft. Ändert sich das Kaufverhalten der Landwirte nicht, ist ein deutlicher Rückgang des Marktsegmentes kennzeichnungsfreier Mischfuttermittel wahrscheinlich“, betonte Nüssel. Die Informationspolitik des Unternehmens in Bezug auf Futtermittel ist äußerst fragwürdig. So betont die Gentechnikbeauftragte Dr. Claudia Döring in öffentlichen Statements immer wieder, dass gentechnikfreie Futtermittel nicht verfügbar seien, anstatt für die eigene Produktionschance zu werben. *mn*

Freisetzung genehmigt

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat eine Freisetzung der BASF genehmigt, bei der kurzerhand Versuche mit 677 Linien an zehn Standorten in sechs Bundesländern zusammengefasst sind. Die gentechnischen Veränderungen betreffen den Stärkehaushalt und eine Phytophthora-Resistenz. BASF darf die GV-Kartoffeln auf Flächen zwischen 3,7 und 45 Hektar ausbringen. Etwa 2.400 Einwendungen waren beim BVL eingegangen. *cp*

Bauer ohne Hof

Immer mehr Betriebsleiter haben keine Nachfolger.
Hofübernahmen außerhalb der Familie sind trotz vieler Interessenten aber eine Ausnahme.

Bäuerinnen als Manager

Laut einer Umfrage in Österreich hat sich der Alltag der Bäuerinnen in den vergangenen 10 Jahren massiv verändert.

So ist vor allem das Bildungsniveau deutlich angestiegen. Die Zahl der „Einsteigerinnen“ ist von 14,2 % auf fast 20 % angestiegen. Oftmals

übernimmt die Bäuerin zentrale wirtschaftliche Aufgaben des Hofes. Die Zahl der Betriebe, die von Bauer und Bäuerinnen gemeinsam geführt werden ist von 56,7 auf 75,7 % angestiegen.

Die Zahl der Höfe, auf denen die Bäuerin für die wirtschaftlichen Geschicke allein verantwortlich ist, hat sich in den vergangenen 10 Jahren verdoppelt.

Das Zusammenleben mit mehreren Generationen und die ungeklärte Hofnachfolge sowie die finanzielle Abhängigkeit werden von vielen als belastend empfunden.

Mit ihrem Angebot „Lebensqualität Bauernhof“ stellt die Landwirtschaftskammer Kärnten zwei Psychologinnen bereit, die jederzeit für Beratungen zur Verfügung stehen.

In Zukunft soll das Angebot auf ganz Österreich ausgedehnt werden.

mn

An den landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten wie Hochschulen, Fachschulen und in der Lehre steigt die Zahl an Absolventen, die selbst nicht von einem landwirtschaftlichen Betrieb kommen, kontinuierlich an. Ein Projekt der Universität Kassel Witzenhausen zeigte, dass das Interesse von Absolventen, die keinen elterlichen Hof haben, sehr hoch ist, in der Landwirtschaft tätig zu werden.

Zwei Drittel der Befragten, die nicht von einem elterlichen Betrieb kommen, gaben an, sich schon einmal über eine Existenzgründung Gedanken gemacht zu haben. 41,7% der Befragten ohne elterlichen Betrieb möchten ihre Überlegungen auch in die Realität umsetzen und eine eigene landwirtschaftliche Existenz gründen.

Nachfolge ungeklärt

Aber nicht nur auf der Seite der Hofnachfolger und Existenzgründer ist das Thema Hofnachfolge aktuell. Immer mehr Betriebsleiter sind in der Situation, keine Nachfolger für den eigenen Betrieb zu haben.

Das Phänomen ist nicht allein auf die Landwirtschaft beschränkt. Es betrifft vielmehr weite Teile des mittelständischen Handwerks. Die Handwerkskammern haben die Entwicklung erkannt und versuchen, bei der Fortführung von Betrieben sowie der Suche nach geeigneten Nachfolgern zu beraten.

Anders als im Handwerk gibt es in der Landwirtschaft bisher nur sehr wenige Ansprechpartner, an die sich abgebende Landwirte und potentielle Existenzgründer wenden können. Und das obwohl eine Betriebsübernahmen hier in aller Regel noch komplizierter sind. Denn es geht nicht nur darum, den zumeist selbst aufgebauten Betrieb jemandem Fremden zu überlassen. Vielmehr ist dieser Schritt in der Regel auch mit dem Verlassen des Hofes und damit des eigenen, vertrauten Lebensumfelds verbunden. Oftmals ist es emotional für die Besitzer einfacher, die Flächen an interessierte Nachbarn abzutreten und wenigstens den Hof, wenn auch nur als Resthof zu behalten.

Problematisch wird es aber, wenn viele Betriebe in dieser Weise „aufgegeben“ werden. Ein schleichender Wandel hin zu wenigen Großbetrieben und ein Verlust an landwirtschaftlicher Vielfalt ist die Folge. Auf der anderen Seite gibt es aber junge Menschen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb suchen. Wie aber finden sich die beiden Seiten? Welche Möglichkeiten der Hofübergabe/-übernahme gibt es?

Die geschmückte Braut

Wer sich selbst um einen Hof bemüht, der sucht als erstes in den landwirtschaftlichen Wochenblättern. Hier wird schnell bewusst, dass ein Einstieg am einfachsten gestaltet werden kann, wenn das nötige Investitionskapital vorhanden ist. Zahlreiche Makler bieten Höfe in unterschiedlichsten Größen und Gegenden und an. Ganz ohne oder nur mit wenig Kapital wird alles schwieriger. Es gibt eben nichts geschenkt. Die Landgesellschaften haben in den vergangenen Jahren ein Netz von „Hofbörsen“ in den einzelnen Bundesländern geschaffen. Allerdings geht es hierbei nicht primär um die Vermittlung eines bestehenden Hofes bzw. um die Suche eines Nachfolgers. Oftmals kaufen die Landge-

Aber Alternativen sind rar. Das hat den Bundesverband der katholischen Landjugend dazu veranlasst, eine Tagungsreihe zum Thema „Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft“ zu organisieren.

Zur ersten Tagung waren neben jungen Landwirt(innen), potenziellen Existenzgründern und Hofnachfolgern auch Landwirte gekommen, die ihren Hof abgeben möchten. Christian Vieth von der Universität Kassel Witzenhausen bestätigte, dass die knappe Kapitaldecke sowie der schwierige Zugriff auf Flächen und der schlechte Zugang zu Information und Beratung die Hauptprobleme sind. Viele Neueinsteiger seien jedoch hoch motiviert, hätten auf den Markt abgestimmte Betriebsideen und würden nicht zuletzt wegen des Kapitalmangels eher risikoarme Konzepte verfolgen.

Ministerium sieht zu

Wolfgang Reimer vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Berlin beklagte eine fehlende Gründungskultur. Es müsse auch erlaubt sein, Fehler zu machen. Das Ministerium habe die Problematik erkannt, könne aber nur wenig tun, da die Agrarförderung auf Länderebene organisiert werde. Hartmuth Schneider von der ländlichen Familienberatung ging näher auf die sozialen Probleme der Hofübergabe, des Neuanfangs und des Abschiednehmens ein.

Auch wenn man die Hofübergabe in der Formel Hofübergabe = Hofaufgabe + Existenzgründung zusammenfassen könnte, dürfe man die Komplexität nicht unterschätzen.

Die Tagung machte deutlich, dass ein großes Interesse sowohl von Seiten der Existenzgründer als auch von den derzeitigen Betriebsleitern an der Regelung der Hofnachfolge bzw. Hofübernahme besteht. Johannes Scharl, stellvertretender Vorsitzender des BDL zieht das Fazit: „Es braucht einen besseren Zugang zu Informationen, die für eine Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft wichtig sind.“

mn



Keinen Nachfolger gefunden?

Quelle: www.PixelQuelle.de, Foto: Adolf Ries

sellschaften Höfe und Flächen auf. In jedem Fall verfügen die Landgesellschaften über einen ganzen Pool von Flächen, die sogenannte Bodenbevorratung. Wenn jetzt ein Interessent an die Landgesellschaft heran tritt, so kann diese aus ihrem Gebäude und Flächenpool den optimalen Hof zusammenstellen. „Wir machen die Braut hübsch“, nennt das Herr Götz vom Bundesverband der Landgesellschaften. Wer mit einem wirtschaftlich interessanten Konzept vorstellig wird, hat gute Chancen, einen Hof aus dem Pool der Landgesellschaften zu bekommen. Das letzte Wort haben aber die Landgesellschaften. Auf diese Weise betreiben die Landgesellschaften ihre ganz eigene Form der Regionalentwicklung und die Vermittlung ist eine Dienstleistung der Landgesellschaft, über die diese sich finanziert.

Landjugend informiert

Für all die, die selbst einen Nachfolger suchen wollen, aber auch für die Existenzgründer mit Ideen abseits des Mainstreams sind die Landgesellschaften nicht unbedingt die erste Wahl.

Nähere Informationen zum Thema:
Arbeitskreis Hoffinder:
www.hoffinder.de
Hofbörsen der Landgesellschaften:
<http://www.blg-berlin.de>

Leserbrief

Die Milchquote ist besser als ihr Ruf

Leserinnenzuschrift zur Debatte um die Zukunft der Milchquote
von Dr. Liesel Hartenstein, ehemals für die SPD Mitglied im Bundestag

Die Diskussion über ein Ende der Quotenregelung in der Milchproduktion eskaliert zunehmend. Von den Befürwortern des Ausstiegs, zu denen leider auch der DBV gehört, werden hauptsächlich zwei Argumente ins Feld geführt:

1. Die Quote habe ihr Ziel, die Milchproduktion zu begrenzen, nicht erreicht.
2. Es gebe auf EU-Ebene keine Mehrheit für die Fortführung der Quotenregelung.

Hinzu kommt meistens noch das Totschlagargument, dass die Quote dem Bestreben der WTO zur weiteren Liberalisierung des Agrarmarktes strikt entgegenstehe.

Alle drei Argumente sind bei näherer Betrachtung nicht stichhaltig. Auch wenn das Liberalisierungsprinzip der WTO unbestreitbar zu konstatieren ist; so handelt es sich doch um kein unabänderliches Naturgesetz. Kanada macht mit seinem Quotensystem vor, dass man die Produktion an den internen Bedarf anpassen, die Existenz der Milchfarmer sichern und die Eigenversorgung der Bevölkerung gewährleisten kann, ohne sich dem Diktat der WTO zu beugen.

Zurück zur Behauptung, die Milchquote habe versagt. Ende März ging eine Mitteilung durch die Presse, wonach der EU-Ministerrat dem Verkauf der letzten 6.000 Tonnen eingelagerter Butter zugestimmt habe.

Damit, so triumphiert Brüssel, seien die sprichwörtlichen Butterberge endgültig dahingeschmolzen. Ebenso sei es gelungen, die vielbeklagten „Milchseen“ auszutrocknen, aus denen schwer verkäufliches Milchpulver hergestellt worden war.

Kommentar der EU-Kommission: Erst die Einführung des Quotensystems habe – nach dem Peak von 1986, als sage und schreibe 1,28 Mio. t Interventionsbutter eingelagert wurden – die Butterberge und die Milchseen kleiner werden lassen. Diese Feststellung steht in krassem Gegensatz zu den ziemlich scheinheiligen Vorwürfen der Ausstiegsbefürworter, die Quote habe nichts genutzt. Das Gegenteil ist wahr. Man sollte nicht durch Verdrehung der Tatsachen auf das schlechte Gedächtnis der Menschen spekulieren.

Die Wirklichkeit wird bei einer Zerschlagung des Quotensystems eher der *Bauernstimme* recht geben, die unlängst schon prophezeite: „Fällt die Quote, steigt die Menge.“

Auch von amtlicher Seite, sprich vom Landwirtschaftsministerium in Berlin, wird bestätigt, dass die Einführung der Quote zu einer Einschränkung des Mengenwachstums geführt und außerdem zur Preis- und Einkommensstabilisierung in der Landwirtschaft beigetragen habe. Schon das ein nicht gering zu schätzender Erfolg.

Bleibt der Strukturwandel. Es wird argumentiert, er sei nicht aufgehalten, sondern allenfalls gebremst worden. Das stimmt. Und bedauerlicher Weise hat er gerade in den benachteiligten Gebieten, z. B. den Bergregionen, stattgefunden. Aber was waren die Gründe? Es ist absolut falsch, diese Entwicklung der Milchquote anlasten zu wollen. Im übrigen muss betont werden, dass auch die Bremsfunktion hilfreich war. Denn auf diese Weise sind wichtige Strukturen, die für die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume unentbehrlich sind, erhalten geblieben.

Im Grunde hat jedoch die Politik die Beschleunigung des Strukturwandels erzwungen. Und zwar durch falsche Weichenstellungen. Wenn heute darauf hingewiesen wird, dass 60 Prozent der Milchproduzenten in den letzten 15 Jahren aus der Produktion ausgestiegen sind, dann geschah dies hauptsächlich infolge der hochproblematischen McSharry-Reform von 1992. Hier wurde alles getan, um kleinere bäuerliche Betriebe zur Aufgabe zu bewegen. (...) Dieselben Leute, die damals den Karren in die verkehrte Richtung geschoben haben, suchen heute die Sündenböcke auf der anderen Seite. Das ist wenig glaubhaft.

Die EU muss endlich klarstellen, ob sie am Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft auch in Zukunft festhalten will. Tut sie das, dann darf sie nicht mit einem Federstrich noch bestehende Strukturen willkürlich zerstören. Denn angesichts des Klimawandels und der zu erwartenden häufigeren Naturkatastrophen wie Dürreperioden, Überschwemmungen oder orkanartigen Stürmen wäre es gefährlich und leichtfertig, wenn sich Europa zu einseitig vom Weltmarkt abhängig machen würde.

Das heißt, die Ernährungssicherheit für unser Land und für die fast 500 Millionen Menschen in der EU insgesamt muss absoluten Vorrang haben vor Handelsinteressen. Das gilt allgemein, aber ganz besonders für ein unverzichtbares Grundnahrungsmittel wie die Milch. Vorsorge für Krisenzeiten ist angesagt.

Dr. Liesel Hartenstein,
70771 Leinfelden-Echterdingen

Urlaub (2)

Im letzten Frühjahr hat Heinrich sich mit seinem Urlaubsvorschlag durchgesetzt: Mal die Sonne sehen. Wir müssen keine Kinderwünsche mehr erfüllen und vor allem nicht mehr vorab buchen. Das sicherheitsfanatische Kind, nun schon groß, bleibt zuhause, um Haus und Hof zu hüten.

Heinrich und ich packten die Rucksäcke für eine Reise auf die Liparischen Inseln. Es war wunderbar, fing aber schwierig an. Heinrich wurde es auf dem Tragflächenboot von Sizilien aus mal wieder schlecht, so dass es ihn im ersten Hafen an Land drängte. Das war aber nicht wie geplant Lipari, sondern die Schwefelinsel Vulcano. Heinrich war fassungslos. Nach dem Höllenritt übers offene Meer nun ein furchtbarer Gestank nach faulen Eiern. Das Schnellboot hatte in Windeseile wieder abgelegt, und wir standen verlassen an der Hafennole. Im Dorf rührte sich keine Menschenseele. Es war Mittagszeit, Siesta, außerdem noch nicht einmal Vorsaison. Viele der kleinen Kneipen und Läden waren noch verbrettert, an anderen werkten die Handwerker. Hunde dösten in der Sonne. Eine Kulisse wie im Italowestern. Aber die Rucksäcke drückten, es war heiß, wir hatten Hunger und noch kein Zimmer, dazu dieser permanente Schwefelgestank. Heinrich wurde allmählich unleidlich. Nur gut, dass das Kind dieses Drama nicht erleben muss! Doch irgendwann machte der Urlaub dann doch noch Spaß. Die Siesta war vorbei, wir



... aus Westfalen

fanden ein Zimmer, brausten mit einer gemieteten Vespa über die Insel, wanderten über den Kraterand des Vulkans und badeten sogar im ekligen aber gesundheitsfördernden Schwefelpfuhl.

Auf Lipari konnten wir von unserer Dachterrasse in der Altstadt die dicken Pötte in den Hafen einfahren sehen, auf Stromboli stiegen wir in der Nachmittagswärme 900 m durch Geröll auf, um

uns nach Sonnenuntergang vor Kälte schlotternd das imposante Schauspiel des aktivsten Vulkans Europas aus nächster Nähe anzusehen. Zum Schluss wollten wir noch auf der grünen Insel Salina ausspannen. Wir fanden ein zwar äußerlich leicht bröckelndes, aber ansonsten wunderschönes Hotel. Leider hatte das zugehörige Restaurant aber noch Winterpause, und auch sonst war im Dorf nicht viel geöffnet. Ich döste glücklich in der Nachmittagssonne auf der malerischen Hotelterrasse über dem Meer. Es war mein Geburtstag, und ich war mit der Welt zufrieden wie selten. Heinrich war ins Dorf gegangen, um die Lage zu erkunden und das Abendprogramm zu gestalten. Zu meinem runden Geburtstag sollte es etwas Besonderes sein. Schließlich kam er mit einer Flasche edlen Malvasiers wieder, die er auf dem örtlichen Campingplatz erstanden hatte. Ein geöffnetes Restaurant hatte er nicht gefunden, stattdessen hatte er mit Fabio, dem dicken Campingplatzbetreiber, geplaudert, Heinrich auf Deutsch, Fabio auf Italienisch, mit der abschließenden Erkenntnis, dass die Campingplatzküche wohl die einzige Möglichkeit bot, an diesem Abend eine warme Mahlzeit zu bekommen. Okay, warum nicht?

Im letzten Tageslicht kamen wir auf der riesengroßen überdachten Piazza des Campingplatzes an. Fabio und sein Gehilfe saßen im Halbdunkel an einem der schätzungsweise hundert Plastiktische und beendeten gerade ihr Abendessen. Selbstverständlich könnten wir bei ihnen essen. Kein Problem. Fabio verschwand in der Küche, sein Mitarbeiter war für den Service zuständig. Zunächst machte er mal Licht, legte den Hauptschalter um, und die Piazza erstrahlte unter mindestens 500 Watt gemütlichen Neonlichts. Uns zu Ehren wurde natürlich auch der in Italien allgegenwärtige Fernseher eingeschaltet. Im Berlusconi-TV schritten wie immer irgendwelche Showstars irgendwelche Showtreppen hinab. Hätte echt nicht sein müssen!

Der soeben zum Kellner aufgestiegene Kollege bringt ein weißes Tischtuch, frisches Ciabatta und hervorragenden Rotwein. Da sieht die Welt doch gleich ganz anders aus. Es folgt kurz darauf ein knackig frischer gemischter Salat. Fabio lässt inzwischen in der offenen Küche den Gasherd glühen und zaubert für uns die inseltypischen Spaghetti mit Kapern, danach wunderbare Lammkoteletts. Zwischen Jogginghose und zu kurzem T-Shirt hüpfte sein runder Bauch dabei munter auf und ab. Zum Dessert noch ein paar frische Orangen, und wir sind restlos glücklich. Ich strahle meinen Bauern an. „Heinrich,“ säusele ich. „Ich weiß ja, dass du immer alles in Bewegung setzt, um es mir nett zu machen. Aber dass du mir gleich ein ganzes Restaurant bietest, mit eigenem Koch und eigenem Kellner, das hätte ich nun wirklich nicht erwartet!“



Der kritische Agrarbericht

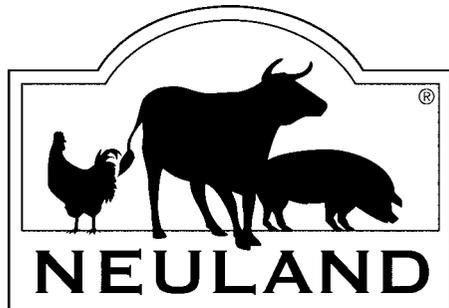
Was war los in der Landwirtschaft?

Wie geht es weiter in der politischen Diskussion? Welches sind die brennenden Themen der aktuellen Diskussion? Milch-, Quoten- und Bauernsterben, CMA, Nachwachsende Rohstoffe, transparente Agrarzahlen und Tierschutz. Das sind nur einige Themen des Kritischen Agrarbericht 2007 mit dem Schwerpunkt Agro-Gentechnik. Ein Muss für alle Bauern, die wissen wollen, was Politik mit ihnen macht.

Der kritische Agrarbericht 2007, ABL-Bauernblatt Verlags-GmbH, 19,80 Euro, 288 S. ISBN 978-3-930 413-31-7

Neuland erhält kleine Betriebe

Ein im Auftrag der EU-Kommission durchgeführter Vergleich verschiedener Qualitätssicherungssysteme in unterschiedlichen europäischen Staaten hat Neuland als das System mit den meisten Vorteilen für Produzenten und Kunden herausgestellt.



Für die Aufnahme von Neuland in die Untersuchung war der besondere Stellenwert des Tierschutzes in den Richtlinien ausschlaggebend. Eine weitere Besonderheit ist, dass Neuland als eine Art Genossenschaft Eigentum der Produzenten ist. Die derzeit bestehende große Nachfrage von Verbrauchern, aber auch von Landwirten, die Neulandmitglieder und Produzenten werden möchten wirft die Frage auf, wie und wo man sich weiter entwickelt. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Vermarktung in Berlin. Daneben gibt es Neuland-Metzgereien in Hamburg Stuttgart und München. Ziel ist es diese Strukturen weiter auszubauen. Neulandprodukte über Supermärkte zu vertreiben ist derzeit keine Diskussion. Würde sie doch die Exklusivität des Produktes einschränken. Die Vermarktung über eigene Neulandmetzger wird dem Anspruch eines qualitativ hoch-

wertigen Lebensmittels in besonderer Weise gerecht. Gleichzeitig können so, durch den individuellen Kundenkontakt, die besonderen Leistungen von Neuland dargestellt werden.

Kleine Betriebe erhalten

Abschließend kommt die EU-Studie zu dem Ergebnis, dass das Neuland-Qualitätsprogramm in ganz besonderer Weise dazu geeignet ist, kleinen und mittleren Betrieben eine Zukunftsperspektive zu geben. In besonderer Weise betrifft dies Höfe, die für den „freien“ Schweinemarkt zu klein sind oder aber zu groß, um im Nebenerwerb betrieben werden zu können. In besonderer Weise honoriert die Untersuchung die Leistung von Neuland für den ländlichen Raum, wenn sie feststellt, dass Neuland dazu beiträgt, das Aussterben kleiner und mittlerer Bauernhöfe zu verhindern.

Hintergrund dieser Studie ist, dass Qualitätssicherungssysteme zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Produktion sicherer Lebensmittel und lassen den Weg der Herstellung transparent werden. Neben dem Verbraucherschutz spielen Qualitätssicherungssysteme aber auch beim Erhalt und der zukünftigen Entwicklung ländlicher Räume eine besondere Bedeutung, so die Studie. In besonderer Weise gilt dies für den Erhalt von Arbeitsplätzen auf den Höfen und in kleineren Verarbeitungsbetrieben.

Unterschiedlicher Nutzen

Nicht alle Qualitätssicherungssysteme haben einen positiven Einfluss auf die

nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume. Zum Beispiel beschränkt sich das vom DBV gemeinsam mit der Industrie voran getriebene QS-System weitgehend auf die Kontrolle und Dokumentation der rechtlichen Vorgaben. Ein anderes Vorgehen wäre bei einem derart breiten Ansatz, der von vornherein allen Bauern zugänglich sein soll, gar nicht möglich. Allerdings schwindet dadurch der faktische Nutzen für Produzenten und Verbraucher. Besondere Qualitäten können also nur da gesichert und honoriert werden, wo diese auch vorhanden sind. Kriterien können z. B. die traditionelle Herstellung, die regionale Produktion oder besondere Produktionsstandards sein.

Europäischer Vergleich

Im Auftrag der EU wurden die Sicherungssysteme neun verschiedener Produkte und ihre Systeme miteinander verglichen. Neben der Transparenz und Nachverfolgbarkeit für den Verbraucher waren insbesondere die entstehenden Kosten und der Nutzen für die beteiligten Bauern, Händler, Verarbeiter sowie Verkäufer und Kunden von besonderem Interesse. Von zentraler Frage war, welchen Nutzen Qualitätssicherungssysteme für kleine Bauern und die Entwicklung ländlicher Regionen haben. *mn*

Den gesamte Untersuchungsbericht auch mit den Einzelergebnissen der anderen Qualitätsprogramme gibt es leider nur auf Englisch unter:

www.agr.unipi.it/labrural/collaboratori/gianluca-brunori/rapporti-di-ricerca/

In Haus und Hof

Eine so wirklichkeitsnahe Darstellung aller Seiten des Lebens auf einem Bauernhof habe ich bisher nirgends gesehen.



Das Binden von Garben.

Quelle: Information suisse sur le pain (ISP)

Der Bauer Herbert Quast berichtet über seinen Marschhof im Hamburger Alten Land zwischen 1930 und 1950, indem er uns detailliert die Techniken und Umstände fast aller Arbeiten schildert:

Vom Pflügen, Eggen, Säen, Pflanzen, Hacken, Häufeln, Mähen, Binden, Abladen und Dreschen bis hin zu Baumpflege, Schädlingsbekämpfung, Umgang mit Nutztieren, Schlachten, Klei- und Torfgraben, Hausarbeiten, Hausbau, usw. ...

Immer wieder macht Herbert Quast uns voller Stolz klar, welche große Kunst die Beherrschung dieser Arbeiten erforderte, damit sie im Zusammenklang der Arbeitenden gut gelang und mit den Kräften sparsam umging. Er beschreibt aber auch, welche Gefühle mit diesen oft harten Arbeiten verbunden waren, z. B. im Abschnitt „Was denkt man beim Pflügen“.

Das alles macht dieses Buch zu einem einzigartigen und faszinierenden Dokument, das man mit viel Spannung und großem Gewinn liest. *en*

In Haus und Hof – Erinnerungen eines Landwirts, Band 53 der Schriften des Freilichtmuseums am Kiekeberg, Tel: 040-790176-0, info@kiekeberg-museum.de, 344 Seiten, 18 Abb., 2007, 15 Euro, ISBN 978-3-935096-19-5

Bauer Giles von Ham

Ein Märchen mit habsüchtigen Königen, Eträgen Rittern und einem mutigen Bauern und seinem Hund. Eher zufällig wird Bauer Giles eines Nachts zum Retter seines Dorfes. Ein Riese hatte sich in die Gegend verirrt und ließ sich die Kühe der Bauern schmecken. Als Bauer Giles ihn mit seiner Donnerbüchse beschießt, denkt der Riese, er sei von Mücken gestochen worden. Doch der Riese zieht ab und Bauer Giles wird zum Helden stilisiert. Der Riese aber verbreitet in seiner Heimat die Geschichte von den leckeren Kühen und den gar nicht mehr angriffslustigen Menschen, worauf ein Drache sich auf den Weg macht. Eine neue Aufgabe für Bauer Giles, die ihn zu Geld und Reichtum kommen lässt. *mn*

Tolkien, J.R.R.

Farmer Giles of Ham – Bauer Giles von Ham, Der Aufstieg und die wunderbaren Abenteuer des Bauern Giles, der König wurde, Illustriert von Pauline Barnes, dtv, zweisprachig, 144 Seiten, ISBN 978-3-423-09383-5, Euro 7,00

Von Schnecken, Wein und Bier

Der Film Neuland lädt zu einer Reise durch Ostdeutschland

Da sitzt einer mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „Die Überflüssigen“ auf einer Bank und sagt „Wir wollen die Arbeitslosigkeit im Stadtbild sichtbar machen: Zieht diese T-Shirts an und Ihr werdet Euch wundern, wie viele wir schon sind.“

Ein Anderer stellt fest: „Wir halten die Leute in einem gesellschaftlichen Spiel, dessen Grundlagen Tag für Tag erodieren“, und Herr Paulisch berichtet resigniert: „Die Stimmung ist am Boden. So richtig lustig ist hier keiner! Ich wüsste nicht, dass nun einer mit dem großen Zauberstab kommt.“

Der Dokumentarfilm „Neuland“ von Holger Lauinger und Daniel Kunle spielt im Osten unserer Republik. Berichtet aus und von den neuen Bundesländern. Erfasst Stimmungen und Entwicklungen. Stellt Menschen mit ihren Erlebnissen, Sorgen

und Hoffnungen in den Mittelpunkt. Von blühenden Landschaften ist die Realität weit entfernt. Die ländlichen Regionen aber auch Städte entvölkern sich immer mehr, weil die Menschen keine Perspektiven mehr sehen. Doch wo lassen sich neue Wege finden? Ist der Umbruch ein Prozess des Suchens und Experimentierens, den Gesellschaft aushalten muss? Liegen im Experimentieren nicht auch Perspektiven?

Zum Beispiel die Schneckenzucht von Danny Hübner & Daniel Weller. Auch ihr Einstieg war nicht leicht „Es gibt keinen, der dir sagt, dass man von Schneckenzucht in Deutschland leben kann. Aber es soll irgendwann schon so sein, dass wir davon leben können. Wir sind aber auch bescheiden ... oder besser gesagt: bescheiden geworden.“ oder die Erlebnisbrauerei von Hajo im ehemaligen Fabrikgebäude, wo bisher nur nackte Stahlpfeiler, Glas, Beton und Schmutz sind.

Aber das sind nur kleine Einblicke in einen Film, der erfolgreich versucht, die Stimmung zwischen Untergang und Aufbruch einzufangen.

NEULAND – leider nur in wenigen Kinos zu sehen.

mn

Mehr Infos unter:
www.neuland-denken.de



Kurzes am Rande

Ökologischer Gemüsebau

Immer mehr Betriebe steigen aufgrund der stetig steigenden Nachfrage in die Produktion von Biogemüse ein. Wirtschaftlich kommt dem biologischen Gemüsebau eine zunehmende Bedeutung zu.

Informationen, die speziell die Kulturführung im Ökolandbau berücksichtigen, waren bisher selten in einer Zusammenstellung erhältlich. Das Buch „Ökologischer Gemüsebau“ von den Herausgebern Eckhard George und Reyhaneh Eghbal versucht, dies zu ändern und einen Überblick über den aktuellen Stand des Wissens zu geben. Es wendet sich an Praktiker, aber auch an Gemüsebauer, die eine Betriebsumstellung planen. Das Buch besteht aus vielen Beiträgen von Praktikern und Beratern. Neben den Grundlagen des ökonomischen Gemüsebetriebs, die im ersten Teil beschrieben werden, beinhaltet der zweite Teil detaillierte Kulturanleitungen der wichtigsten Gemüsearten. Das Buch schlägt damit eine Brücke zwischen betriebswirtschaftlicher Kalkulation und praktischer Kulturführung. Die dem Buch beigelegte CD-ROM enthält beispielhafte Rechensätze für die zehn wichtigsten Kulturen im Gemüsebau. Diese können mit individuellen Daten konkretisiert werden. Außerdem wird die Vorgehensweise bei der Erstellung von Kalkulationen für weitere Produktionsverfahren erläutert.

Eckhard George,
Reyhaneh Eghbal (Hg.)
Ökologischer Gemüsebau
352 Seiten plus 16 Farbseiten, mit
vielen Übersichten und Bildern,
incl. CD-ROM, 35,00 Euro
ISBN 978-3-934239-14-2,



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2007 2006 2005 2004 2003 2002 2001
19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €
.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €
.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €
.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Gießbert und der Pflanzenretter

Dem Umschlag nach erwartet man eigentlich ein Kinderbuch. Gießbert als alter Mann mit Strohhut und Latzhose. Daneben „Der Pflanzenretter“ mit Arztkoffer, weißem Kittel und Vollbart. Eigentlich ist das Buch aber alles andere als ein Kinderbuch. Aufgelockert von netten Zeichnungen im Stil des Umschlags werden viele nützliche Tipps rund um den Garten präsentiert. Dabei ist das Buch aber kein Nachschlagewerk. Vielmehr erzählt es in lockeren kurzweiligen Berichten Wissenswertes, aber auch Amüsantes und Kurioses rund um den Garten. Genau das richtige zum Immer Wieder Mal Drin Blättern.

Den Autoren Martin Born, ehemaliger Programmchef des SWR4, und Volker Kugel, Direktor des „Blühenden Barock“-gartens des Schloss Ludwigsburg ist mit „Gießbert und der Pflanzenretter“ ein nettes, unterhaltsames Buch rund um den Garten gelungen. Ein nettes Geschenk auch für all die, die keinen eigenen Garten haben.

Martin Born/Volker Kugel
Gießbert und der Pflanzenretter,
Silberbuch-Verlag Tübingen
112 Seiten, fester Einband
9,90 Euro
ISBN: 978-3-87407-730



(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, **Anzeigenschluss für Bauernstimme Juni 2007 ist am 17. Mai 2007.**

Hof und Arbeit**● Raum OWL**

Gesucht wird ein größerer Biohof mit Hofladen (gerne Betriebsgemeinschaft), der ein weiteres Standbein sucht. Ich möchte ein Seniorenprojekt mit etwa 7 Mietwohnungen verwirklichen. Orientierung am Hof Klostersee Cismar. Noch keine Gruppe vorhanden.
Zuschriften an CHIFFRE BS 5/07

● Vielseitiger Demeter-Hof in SH bietet: freie Ausbildung, Praktikum, FÖJ, Mitarbeit (auch längerfristig) in Landwirtschaft, Gemüse, Bäckerei,
☎ 04835-7283

● Bio-Hof in Vorpommern, absolute Alleinlage, 250 ha, bietet 1-2 Familien mit Kindern Altgebäude/Bauplatz. Betriebsteilhaber oder eigene Landwirtschaft ggf. möglich.
☎ 0171-7823135

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen,
☎ 07551-63609



**Landesverband
Nordrhein-Westfalen**

Bioenergietag

am 18. Mai 2007

von 10.00 bis 13.00 Uhr
im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse

Bioenergie:

**nachhaltig, regional und bäuerlich
Konflikte, Sichtweisen und Perspektiven**

- Dr. Thomas Griese, Staatssekretär a.D., Richter
- Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, MdEP

AbL Landesverband NRW,
**☎ 02381-9053170, Fax: -492221,
leiber@abl-ev.de, www.gentechnikfrei-nrw.de**

**GRÜNE UMWELTKONFERENZ
AM 3. JUNI IN BERLIN
DEUTSCHER BUNDESTAG
PAUL-LÖBE-HAUS**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Bundestagsfraktion

ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

+++ **Klimaschutz** – eine Entwicklungsbremse? +++
+++ **Pflanzentreibstoffe** – volle Tanks und leere Teller? +++
+++ **Biopiraterie** – wem gehört die Vielfalt? +++ **Ökosteuern** – wer gewinnt, wer verliert? +++
+++ **Nachhaltige Mobilität** – ein Luxus für wenige? +++ **Ökologische Reformen** – nichts für Zeiten sozialer Unsicherheit? +++
+++ **Erneuerbare oder Atom** – wie stillen wir den Energiehunger der Welt? +++ **G8-Gipfel** – jetzt ökologisch und gerecht? +++

mit **Bärbel Höhn, Walden Bello, Reinhard Bütikofer, Susan George, Renate Künast, Bascha Mika, Fritz Kuhn, Jennifer Morgan, Claudia Roth, Gerhard Timm, Jürgen Trittin, Klaus Töpfer, Olaf Tschimpke u. v. a.**

**Infos und Anmeldung: T. 030/227 74499
oekologischgerecht@gruene-bundestag.de
WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

Vortragsreihe Gerechtigkeit

unter Mitwirkung der AbL
Die Einkommensschere öffnet sich immer weiter. Statt Freude über Fortschritt und Teilhabe für Alle entsteht Existenzangst. Wie wäre es möglich, unseren volkswirtschaftlichen Reichtum weiter zu mehren und Alle daran teilhaben zu lassen? Eine andere Welt ist möglich. Wir laden Sie ein, mit Fachleuten darüber zu diskutieren.

09. Mai 2007, Ochsenhausen
Prof. em. Dr. Roland Geitmann, Vorsitzender der Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung (www.cgw.de), spricht über Geld, Schulden und (Un-)Gerechtigkeit.

15. Mai 2007, Ochsenhausen
Fairconomy statt Monopoly – Heuschrecken fressen auch Menschen. Der Referent, Prof. Dr. Wolfgang Berger, ist Ökonom, Philosoph und Leiter des Business Reframing Instituts in Karlsruhe (www.business-reframing.de).

jeweils ab 20 Uhr im Kath. Gemeindehaus St. Georg, Jahnstraße 3, 88416 Ochsenhausen, Unkostenbeitrag: 4 Euro

ASG-Frühjahrstagung

09. bis 12. Mai 2007, Schleswig
Innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung: Vorträge, Diskussionen und Exkursionen geben Einblick, wie sich ländliche Regionen in Deutschland, Dänemark und Finnland als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume positionieren und weiterentwickeln. Dabei wird herausgearbeitet, auf welche Punkte bei einer Neuausrichtung von Förderkonzepten und bei der praktischen Umsetzung zukünftig verstärkt zu achten sein wird.

Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (ASG),
**☎ 0551-49709-0, Fax -16,
www.asg-goe.de**

Natura 2000

10. Mai 2007, Schneverdingen
Damoklesschwert für die Landnutzungen oder Chance für die ländliche Region? Die Meldung von Gebieten für das Europäische Biotopverbundnetz Natura 2000 hat bei betroffenen Landnutzern erhebliche Verunsicherung ausgelöst. In diesem Seminar lernen Sie Handlungsansätze kennen, um die Bedürfnisse von Landnutzern und die Ziele des Naturschutzes zu integrieren.

Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Barbara Schultz, ☎ 05198 9890-76, Fax: -95, www.nna.niedersachsen.de

Bioland Rohwurstschulung

12. Mai u. 30. Juni 2007, Großenkneten
Die Teilnehmer lernen neue Rezepturen kennen und stellen zuzusatzstofffreie Wurstprodukte her. Ergänzt durch den fachlichen Austausch mit Berufskollegen wird hiermit der Einstieg in die ökologische Fleischverarbeitung z. B. als Lohnverarbeiter für Bio-Landwirte vorbereitet. Referent Hermann Jakob ist Leiter der Meisterschule für Fleischer in Kulmbach und Fachbuch-Autor.

Veranstaltungen

Bioland, ☎ 04262/9590-70, Fax 04262/9590-50, tagungsbuero@bioland.de, www.oeko-komp.de/index.php?id=2969&languageid=1, max. 12 Personen, bitte rechtzeitig anmelden. Bitte Berufsbekleidung für die praktische Arbeit mitbringen

BIOGAS Intensiv

16. Mai 2007, Wolpertshausen
Das Betreiberseminar bietet umfassende Informationen zum Thema: Biomasse – Kostenfaktor Nr. 1 in der Biogasanlage. Es werden u. a. die immer weiter steigenden Substratkosten angesprochen und Mittel und Wege aufgezeigt, wie dem Anlagenbetreiber die Kosten dieses großen Blocks nicht „davonlaufen“.

Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 07954 926-203, Fax: -204, www.biogas-Zentrum.de/ibbk

AbL NRW**Bioenergietag**

18. Mai 2006, Haus Düsse
Die Notwendigkeit des Klimaschutzes sowie steigende Öl- und Gaspreise tragen aktuell zum forcierten Ausbau von Erneuerbaren Energien und insbesondere der Bioenergie bei. So eröffnen sich für die Landwirtschaft neue Märkte. Biokraftstoffe, Biogas und Wärme aus Raps, Mais und Co. sind die Produkte. Diese Entwicklung verändert die Betriebe, die Dörfer und das Land. Einige Folgen sind schon jetzt erkennbar: Anziehende Getreidepreise, anziehende Pachtpreise, neue Betriebszweige und Betriebsorganisationen entstehen. Aber die Kritik wächst: Wandern Ackerfrüchte in den Tank statt auf den Teller, wird die Ernährungssicherung der Armen unter der Weltbevölkerung verschlechtert, Hunger verschärft. In Entwicklungs- und Schwellenländern verschärft die Nachfrage nach Biomasse die Ausrichtung auf Exportprodukte. Diese Veränderungen und die Standpunkte dazu werden beim Bioenergietag der AbL NRW vorgestellt und diskutiert. Jeder ist eingeladen, die bäuerliche Sichtweise zur Bioenergie einzubringen. Als Experten werden in das Thema einführen: Dr. Thomas Griese, Staatssekretär a. D.; Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, MdEP; Moderation: Hans-Bernd Hartmann, Referent, ZNR, Landwirtschaftskammer NRW, Haus Düsse. Im Anschluss an die Diskussionsveranstaltung kann die Energielehre Haus Düsse und die Biogasanlage besichtigt werden.

von 10.00 bis 13.00 Uhr im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse, Anmeldung: AbL Landesverband NRW, ☎ 02381-9053170, Fax: -492221, leiber@abl-ev.de, www.gentechnikfrei-nrw.de

Demonstration in Gatersleben

21. Mai 2007, IPK Gatersleben
Mit den Freisetzung von Gentechnik-Pflanzen in Gatersleben wird eine wichtige Basis für die gentechnikfreie Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt: Die Bestände der Genbank des IPK Gatersleben umfassen etwa

148.000 Saatgutherkünfte und bilden eine wesentliche Grundlage für die Erhaltung und Nutzung alter Sorten und die Entwicklung der gentechnikfreien Sortenvielfalt. Sie bilden einen zentralen Bestandteil der menschlichen Kulturgeschichte und sind daher besonders schützenswert. Wir setzen auf gentechnikfreie Saatgutvielfalt, freien Zugang zu alten Sorten und ihre ungehinderte Nutzung und möchten daher zu einem von vielen Organisationen und Initiativen breit getragenen Protesttag aufrufen. Start der Demo: 5 vor 12 am Bhf. Gatersleben, AbL Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, Annemarie Völling, ☎ 04131-400720, Fax: -407758, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de oder Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Siegrid Herbst, ☎ 0511-924001837, Fax: -924001899, gentechnikfreie-saat@gmx.de

Subsistenz im 21. Jahrhundert

21. bis 23. Mai 2007, Tutzing
Die „Anstiftung“ möchte auf ihrer Jubiläumstagung unterschiedliche Dimensionen nicht-marktförmiger Handlungsfelder und Orientierungen beleuchten sowie ihre Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft ausloten.

Ev. Akademie Tutzing, ☎ 08158-2510, Fax: -996444, www.ev-akademie-tutzing.de/doku/programm/detail.php3?part=detail&ldnr=977, www.anstiftung.de

Energiepflanzen und Naturschutz

31. Mai 2007, Schneverdingen
Biogas aus Energiepflanzen verzeichnet derzeit einen Boom. Naturschutz und Teile der Landwirtschaft haben zu dieser Entwicklung bisher keine klare Position. Erfahrungen mit den Folgen für den Naturhaushalt gibt es bisher wenig. Die Veranstaltung soll ein Forum für den Austausch der neuesten Erkenntnisse bieten und in einer gemeinsamen Diskussion Wege für die Umsetzung in der Praxis aufzeigen.

Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Barbara Schultz, ☎ 05198 9890-76, Fax: -95, www.nna.niedersachsen.de

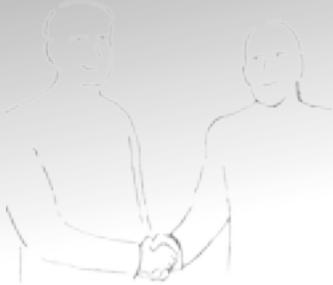
Frauen in der ländlichen Gesellschaft

15. Juni 2007, Frankfurt/Main
Wissenschaftliche Tagung zum Thema: Von traditionellen Lebensmustern zu neuen Herausforderungen. Der tiefgreifende Wandel, den die ländliche Gesellschaft seit dem Mittelalter bis zur Gegenwart im Zuge vielschichtiger Modernisierungs- und Technisierungsprozesse durchlaufen hat, zählt bis heute zu den wichtigsten Themen der Agrargeschichte. Die Bedeutung der Frauen an diesem Prozess sowie die Rückwirkungen des landwirtschaftlichen Strukturwandels auf das Alltagsleben der Bäuerinnen finden allerdings noch immer keine angemessene Würdigung. Die Themen reichen vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart. Gesellschaft für Agrargeschichte e. V., Dr. Dietrich Rieger, ☎ 06031-4326, dietrich@rieger-salve.de, www.agrargeschichte.org, Teilnahme kostenlos, Anmeldung erwünscht!

Fairess und Ethik im Ökologischen Landbau

Forum zur Diskussion von Grundprinzipien
und Marketingstrategien

Tagung des AgrarBündnis e.V.
18.-19. Juni 2007, Fulda, Parkhotel/Kolpinghaus



Montag, 18. Juni April 2007

- 13.00 Uhr Begrüßung: Friedrich von Homeyer, Dr. Frieder Thomas, AgrarBündnis
- 13.15 Uhr Der eigene Anspruch: Prinzipien und Richtlinien im Ökologischen Landbau:
– Die Diskussion bei der IFOAM und in der Schweiz. *Otto Schmid* (FiBL).
– Der eigene Anspruch aus Erzeugersicht: *Ulrich Schumacher* (Bioland)
- 14.30 Uhr Marktdifferenzierung: ökologisch – regional – fair. *Prof. Dr. Achim Spiller* (Uni GÖ)
- 15.45 Uhr Fairness am Point of Sale – Möglichkeiten des Handels. *Andreas Svoboda* (tegut ...)
- 16.15 Uhr Entwicklungen im Ökolandbau, polit. Handlungsbedarf. *Wolfgang Reimer* (BMELV)
- 17.15 Uhr Arbeitsgruppen
AG 1: Marketing von Fairness in der Wertschöpfungskette
AG 2: Wie entstehen faire Preise? Beispiele
AG 3: Bio – regional – fair. Regionale Netzwerke im Ökologischen Landbau

Dienstag, 19. Juni 2007

- 9.00 Uhr Gibt es faire Preise? Zur Debatte in Österreich: *Christoph Gleirscher* (Bio Austria)
- 10.00 Uhr Arbeitsgruppen
- 11.30 Uhr Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Fazit-Runde:
– 13.00 Uhr *Thomas Dosch* (Bioland), *Astrid Engel* (ehem. Kampagne Fair Handeln Bayern), *Hans Hohenester* (Naturland), *Josef Jacobi* (Upländer Bauernmolkerei), *Thorsten Michaelis* (Bundesprogr. Ökol. Landbau), *Prof. Dr. R. Pfriem* (Uni OL), *Wolfgang Reimer* (BMELV)

Anmeldung: Anmeldung erforderlich, Teilnehmerzahl auf 50 begrenzt. Information: AgrarBündnis, Königstor 28, 34117 Kassel, Tel.: 0561-701659-42, Fax: -40, info@agraruendnis.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Mühltal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480, m.trieschmann@t-online.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: ewfrisch@aol.com, Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Bewegende 300

Nein, es geht hier nicht um das kürzlich in den Kinos angelaufene umstrittene Kampfspektakel der Sandalenträger „300“, dessen geschichtlicher – und recht frei interpretierter – Hintergrund die Schlacht von 300 Spartanern gegen ein zahlenmäßig weit überlegenes Heer der Perser bei den Thermopylen bilden soll.

Es geht ebenso wenig um das Buch „Mythos in vier Generationen“, in dem auf fast 400 Seiten ausschließlich den verschiedenen Daseinsformen des Mercedes-Benz 300 gehuldigt wird (zum Beispiel der so genannten Adenauer-Limousine), ein bei Sammlern und Liebhabern weltweit beliebter Fahrzeugtyp, so das Buch.

Hier soll mit Blick auf den Klimawandel und nachhaltige Landwirtschaft auch kein perspektivischer oder visionärer Vergleich unserer landwirtschaftlichen Anbauflächen mit den Verhältnissen in der bis zu 300 Kilometer breiten Namib-Wüste gezogen werden. Und auch die chinesische Landwirtschaft, von der rund 700 Millionen Menschen leben und deren Grundlage etwa 300 Millionen Bauernhöfe bilden, die zum allergrößten Teil nicht größer als 0,2 Hektar sind und 15 Prozent des chinesischen Bruttosozialprodukts erwirtschaften, ist hier nicht Gegenstand der Betrachtung. Aus der großen, weiten Welt zurück in den Alltag deutscher Bauernhöfe, Werkstätten und Haushalte interessieren uns hier auch nicht die bewegenden Fähigkeiten des Seilhebezugs SHZ 300 oder von Trans-

portkarren, die bis zu 300 Kilogramm Tragkraft haben. Und dass aus einer zwei Kilogramm schweren Zuckerrübe etwa 300 Gramm Zucker zu gewinnen sind, interessiert hier auch nur am Rande.

Dass beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ein Abstand zum Nachbarfeld von mindestens 300 Metern vorgeschrieben werden soll, stellt zwar eine notwendige Forderung dar, ist hier aber ebenso nicht von Belang wie der Hinweis, dass im Frühjahr 2004 auf einer Fläche von etwa 300 Hektar unter Beteiligung von insgesamt 30 landwirtschaftlichen Betrieben in sieben Bundesländern Bt-Mais für den sogenannten Erprobungsanbau ausgesät wurde.

Und auch das Thema einheitliche Flächenprämie von 300 Euro pro Hektar soll hier nicht abgehandelt werden und dementsprechend Fehl am Platze ist auch der Hinweis, dass der Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft im sächsischen Landtag sich zur Diskussion derartiger Themen schon mal in den Sitzungsraum A 300 zurück zieht, wobei „agrarpolitische Höhenflüge“ in der Regel bestenfalls im Airbus A300 zu erwarten sind, dessen Geschichte allerdings voraussichtlich mit der Auslieferung einer letzten Frachtmaschine im Sommer 2007 enden wird. Eine Geschichte, die mit Blick auf die Transporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse per Flugzeug ganz real ist. Im Gegensatz zu einer anderen „Geschichte“, die völlig unrealistisch ist und hier ebenfalls nur als Marginalie interessiert. So behauptet nämlich ein Historiker

namens Illig, dass 300 Jahre des Mittelalters (genau von Sept. 614 bis August 911) gar nicht stattgefunden haben, sondern eine Erfindung und Zeitfälschung des Kaisers Otto III. sind.

Es soll hier auch die von den Dichtern wegen der herzförmigen Blätter als Baum der Liebenden bezeichnete Linde nicht näher betrachtet werden, von der gesagt wird: 300 Jahre kommt sie, 300 Jahre geht sie. Und obwohl uns die Linde beispielsweise direkt in das der EU im Jahre 2004 beigetretene Litauen führt, wo sie als Glücksbringerin für den weiblichen Nachwuchs gepflanzt wird, geht es auch nicht um die Osterweiterung. Ein wenig näher an die hier zu würdigende 300 heran bringt uns die Linde allerdings als klassischer Baum des Dorfplatzes. Im Schatten der Dorflinde spielte sich früher – und in wenigen Fällen womöglich auch heute noch – das gesellschaftliche Leben ab. Hier wurde geredet, gestritten und Frieden geschlossen, es wurde getanzt, geliebt und zu Gericht gesessen. Der „Lindenplatz“ als Ort der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und Auseinandersetzungen.

Womit wir bei der „300“ angekommen sind, die mit diesen Zeilen gewürdigt werden soll: die dreihunderste – 300 – Ausgabe der Unabhängigen Bauernstimme: kämpferisch, generationenübergreifend, nachhaltig, visionär, streitbar, konsensfähig, unterhaltsam, anstrengend, erfinderisch, unverfälscht ... Weiter so! FebL



unabhängige bauernstimme: im besten Alter

5/2007

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetrin / des Abonnetten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221